

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Monatsabonnementpreis Mr. 1,50 pro Werkstattjahr. Zu bezahlen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentbehrlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Käfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedensstr. 2.

Abonnement für die vierseitige Zeitung oder deren Raum 80 Pf.
Vergnügungsangelegen und Arbeitsermittlungen 30 Pf.
Versammlungsangelegen 15 Pf.

Die Lage in der Holzindustrie.

Auch in der verflossenen Woche ist eine wesentliche Aenderung der Verhältnisse nicht eingetreten. Die Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der örtlichen Parteien in Berlin geführt werden, wurden während der ganzen Woche mit Eifer fortgesetzt, aber sie sind noch nicht beendet. Man hofft bis zum 2. März so weit zu sein, daß über alle in Betracht kommenden Städte verhandelt ist.

Über die bisher erzielten Resultate läßt sich noch wenig sagen. Wir haben bereits in der vorigen Nummer mitteilen können, daß für mehrere Städte Ergebnisse erzielt sind, denen die Vertreter beider Parteien zugestimmt haben. Im Laufe der verflossenen Woche sind noch eine Reihe weiterer Städte hinzugekommen, so daß bis zum Schlus der vorliegenden Nummer (am 28. Februar) eine Verständigung über folgende Städte erzielt ist: Leipzig, Börlitz, Dangig, Oldenburg, Lüneburg, Görlitz, Königswalde, Rendsburg, Greifswald, Spandau, Neuburg, Nattow, Königsberg, Quedlinburg und Stargard. In dem größten Teil der übrigen Städte sind sich die Parteien mehr oder weniger nahegekommen, doch blieben immer noch verschiedene wichtige Punkte übrig, über welche eine Verständigung nicht zu erzielen war, so daß die Ortsvertreter, ohne zu einem Resultat gelangt zu sein, abreisen mußten.

Dass es in einer immerhin nennenswerten Zahl von Städten gelungen ist, zu einem Resultat zu gelangen, ist, an sich betrachtet, recht erfreulich; aber der Ernst der Situation wird dadurch nur wenig abgeschwächt. Man darf nicht übersehen, daß es sich bei den gegenwärtigen Verhandlungen um insgesamt 52 Städte handelt, in welchen der Vertrag teils bis zum 12. Februar abgelaufen ist, teils am 1. April abläuft. Bisher ist aber nur für 17 von diesen 52 Städten eine Einigung erzielt; zwei Drittel der in Betracht kommenden Orte hatten noch der Erledigung. Das ist ein Moment, das bedenklich stimmen kann. Dazu kommt, daß dort, wo wir von einer ergiebigen Verständigung sprechen, diese Verständigung doch zunächst nur zwischen den zwei bis drei Parteivertretern erzielt ist, die in den Verhandlungen nach Berlin delegiert waren. Die eigentliche Entscheidung liegt jedoch bei den örtlichen Parteien. So lange die Gesamtheit der Unternehmer und der Arbeiter an den einzelnen Orten den vereinbarten Verträgen nicht zugestimmt hat, kann im Grunde von einer endgültigen Verständigung der Parteien nicht gesprochen werden.

Das gilt für das eine Drittel der Städte. In den übrigen Städten ist die Lage noch verzweiter. Die Verhandlungskommissionen sind nach Hause gereist mit der Verpflichtung, die in Berlin abgebrochenen Verhandlungen in der Heimat fortzusetzen. Ob es bei diesen Verhandlungen möglich sein wird, das zu erreichen, was unter der Wirkung der Zentralvorstände nicht erzielt werden konnte, ist zum mindesten noch sehr zweifelhaft. Und das soll denn geschehen, wenn es trob aller Bemühungen nicht gelingt, ein Resultat zu erzielen? Das ist eine Frage, auf die zurzeit eine Antwort noch nicht gegeben werden kann.

Betrachtet man alle diese Momente, dann kommt man dem Resultat, dem wir schon in der vorigen Woche isblich gegeben haben. Die Möglichkeit, in der Holzindustrie zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, vorhanden, aber wir haben noch keine Wege, die es wünscht, daß der Kampf vermieden wird. Wir wollen wohl das beste hoffen, aber nur der Arbeitgeber, der bei aller Hoffnung, die er hegt, es nicht absäumt, sich auf den Schlammstein Ausgang zu richten. Und deshalb müssen wir auch heute Mahnung an die Kollegen wiederholen, die weitere Entwicklung der Dinge mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und sich stets Kampfbereit zu halten, damit eine tödliche Wendung zum schlimmen und nicht überraschend eintrete.

Wem gehört die Arbeitskraft?

Die Sonderbare Frage! Also werden unsere Leser sich fragen: Die Arbeitskraft gehört dem Arbeiter! Wem sonst soll sie gehören? Was hat denn der Arbeiter außerdem noch als die Arbeitskraft, und die kann daher nur sein ausdrückliches Eigentum sein, vorüber er frei verfügen muß, wenn er sein Leben nicht bloß armelig fristen, sondern menschenmürdig führen will. Die Arbeitskraft ist doch das Persönlichste des Menschen und für den Proletarier die

einzige Grundlage seiner Existenz. Wird die Arbeitskraft beschädigt oder seiner Verfügung entzogen, dann trifft man ihn selbst, sein Ich, sein Leben und verwandelt ihn in einen hilflosen Krüppel oder Sklaven. Das sollte jeder billig denkende Mensch einsehen und anerkennen, daher auch nicht verlangen, daß der Arbeiter sich seines Verfügungsrechtes begebe oder darauf verzichte, die Arbeitsbedingungen mitzubestimmen.

Dennoch — es gibt Leute, die dreste genug sind, dem Arbeiter einen solchen Verzicht zuzumuten; Leute, die sich das alleinige Verfügungsrecht über seine Arbeitskraft anmaßen und dann noch den Anspruch erheben, als die Wohltäter des Arbeiters angesehen zu werden! Man kennt sie, die Herren, und die ihnen zuteil gewordene Bezeichnung „Scharfmacher“ gilt heute allgemein. Sie betrachten sich als die vom lieben Herrgott eingesetzten Herren über Leben und Tod des Arbeiters, als die Sachwalter seiner Interessen. Sie haben es zwar nicht verhindern können, daß der Arbeiter ein gleichberechtigter, vollwertiger Staatsbürger werde; aber die Gleichberechtigung wird von Ihnen nur höchst widerwillig anerkannt und bei jeder Gelegenheit als eine äußerliche behandelt, die sie sich nur so lange gefallen lassen, als sie müssen. Wann immer es ungestraft angeht, handhaben sie die Stute und drücken den Arbeiter unter das Foch. Die Stellung, die sie im wirtschaftlichen und politischen Leben wie im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben anstreben, ist die des Vormundes, der den unmlindigen Arbeiter unter Skurial hält und ihm die Bügel zwischen das Gebiß zwängt. Denn der Unternehmer betrachtet sich als den geborenen Meister, der dem Nasse — zu dieser Rolle wollen sie den Arbeiter degradieren — die Sporen in die Wettchen drückt.

Und wieviele Arbeiter gibt es noch, die gebüldig diese unverbüldige Rolle sich aufzwingen lassen; die sich darin gefallen, dem Meister die Stiefel zu lecken; die da glauben, es könne ja gar nicht anders sein, weil es doch von jeher so gewesen, und die gar nicht wissen, daß sie nur scheinbar die Herren ihrer Arbeitskraft sind und sich einbilden, an der Festsetzung des Arbeitsvertrages mitgewirkt zu haben, weil der Unternehmer sie gefragt hat, ob sie zu den angegebenen Bedingungen eintreten wollen... Ja, solcher Arbeiter gibt es viele, nur allzuviel; sind gar wadere Männer, zärtliche Familienväter, gute Menschen, aber schlechte Musikanter! Daneben freilich friezen auch niedrige Sklavenseen herum, die sich glücklich fühlen im Staube und noch stolz darauf sind, die kapitalistische Buchhausmücke zu tragen.... Diese Arbeiter sind des Ausbeuters Freude!

Ze energischer sich die zum Massenbewußtsein erwachten Arbeiter gegen die Ausbeutung aufzubauen, desto mehr steigen jene bei den Unternehmern im Werte. Und meist es sich gezeigt hat, daß noch so viele Arbeiter ihre Arbeitskraft verschleudern, ohne sich etwas daraus zu machen, bemühen sich nun die Unternehmer eifriger denn je, auf die übrigen, die Massenbewußten, einzuhören, damit auch diese ihre Arbeitskraft ohne Widerstand hervorbringen. Es ist bekannt, daß die technischen Fortschritte in der Industrie zum nicht geringen Teile dem Umstande zugeschrieben sind, dem Bestreben der gewerkschaftlichen Organisationen, für ihre Angehörigen bessere Arbeitsbedingungen zu erlämpfen. Man macht von scharfmacherischer Seite den organisierten Arbeitern ganz unverblümmt den Vorwurf, daß sie ihre Arbeitsintensität absichtlich zugängeln, um ihre Arbeitskraft zu schonen und dadurch teurer zu verkaufen. Und um dadurch die bewirkte Erhöhung der Produktionskosten zu paralysieren, strengen sich manche Unternehmer an, arbeitsparende Maschinen einzustellen. Ihre Abneigung gegen die hochbeinigen Arbeiter kommt dadurch zu sinnfälligem Ausdruck. Denn daß sie dem Fortschritte der Maschinen-technik aus idealen Gründen huldigen würden, ist natürlich nicht anzunehmen.

Allein bei aller Verbesserung der industriellen Produktion ist natürlich die lebendige Arbeitskraft nicht zu entbehren. Die Unternehmer verstärken deshalb auch ihre Anstrengungen in der Richtung, daß sie die menschliche Arbeitskraft so weit sie nicht durch Maschinen zu ersetzen ist, in anderer Weise einzufangen. Dies geschieht am wirksamsten durch den für alle „verdächtigen“ Arbeiter gesperrten Stellenarchiv. Und verdächtig sind den Scharfmachern diejenigen, die durch Neuerungen oder Handlungen verraten, daß sie ihre Arbeitskraft als ihr unantastbares Privateigentum betrachten.

Also alle sozialdemokratischen, gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sowie solche, die mit ersten Sympathisieren. Wer hingegen seine Arbeitskraft als Gemeingut der Unternehmer diesen zur Ausbeutung zur Verfügung stellt; wer es den

Unternehmern ermöglicht, über die Massenbewußten Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe zu obsiegen und auch diese zum bedingungslosen Verzicht auf ihre Arbeitskraft zu zwingen, der darf darauf rechnen, durch den Stellenarchiv der Scharfmacher Beschäftigung zu erhalten; denn wird gnädig gestattet, sich für den Unternehmer auszutun zu lassen, sich in dessen Dienst aufzutreiben und ihm Mehrwert erzeugen zu helfen gegen eine Entschädigung, deren Höhe einsichtig und willkürlich der Unternehmer bestimmen will.

Ogleich er die Arbeitskraft nur mietet, verlangt er doch die unbeschränkte Verfügung darüber, und er verlangt sie nicht bloß während der Zeit, da er sie benötigt, richtiger: ausnutzt, sondern auch während der übrigen Zeit, da er sie nicht gebrauchen kann oder nicht gebrauchen will. Auch als Arbeitsloser soll der Proletarier sich seiner Willensfreiheit vollständig entäußern. Das ist nicht eine Lebvertreibung und grundlose Verdächtigung der Unternehmer! Wer es nicht glauben will, der lese nur die Organe der Scharfmacher, beobachte sie in ihren Handlungen, studiere ihre Haltung gegenüber den Arbeitern und deren Forderungen. Sie wollen, daß der Arbeiter auch während der Beschäftigungslosigkeit bei Gewerkschaften fernbleibe, daß er nichts unterstüze, was seine Massenbewußten Kollegen unternehmen, um ihm und allen zu helfen, sondern daß er sich völlig frei zur Disposition des Unternehmers halte, sobald ihn der wieder einberuft. Die industrielle Reservearmee möchte die Unternehmer als eine ständige, ewige Einrichtung erhalten! Denn solange Arbeitslose da sind, können die Unternehmer mit deren Hilfe die Löhne der anderen drücken, können sie den Arbeitern die Bedingungen dictieren, während dies im anderen Falle nicht so leicht möglich ist. Die industrielle Reservearmee ist für die Unternehmer eine wahre Wohltat, infolge sie mit ihrer Hilfe die Arbeiter der Verfügungsmöglichkeit über die eigene Arbeitskraft berauben können und auch tatsächlich berauben. Aus diesem Grunde sind sie auch gegen die Freizügigkeit der Arbeiter, gegen deren Auswanderung in überseeische Gebiete, gegen die Abwanderung in die Städte und gegen die Binnenwanderungen der Arbeiter überhaupt. Die Agrarier wollen die Landflucht verhindern, sie möchten die sogenannten Sachsenräger, das sind diejenigen Proletarier, die im Sommer aus Österreich, Niedersachsen, dem Wallan usw. nach Deutschland, Dänemark, Skandinavien usw. ziehen um sich ebenfalls als landwirtschaftliche Tagelöhner zu verdingen, im Lande festhalten, und sie tun alles mögliche, um ihnen durch polizeiliche Zwang und andere Gewaltmittel die Wahrnehmung ihrer Interessen unmöglich zu machen. Und ebenso gehen die Industriellen vor. All das hat nur den einen Zweck: die Arbeitskraft dem Proletarier ohne Einschränkung zu entziehen und in den Dienst des Unternehmers zu pressen.

Die Hauptanstrengungen der Scharfmacher richten sich natürlich auf den Arbeitsmarkt selbst. Das ist kein Markt wie irgend ein anderer, weil die menschliche Arbeitskraft keine Ware ist wie irgend eine andere. Die menschliche Arbeitskraft ist eben das allerwichtigste Produktionsmittel, wichtiger als die übrigen, als die verschiedenen Rohstoffe und sonstigen Materialien, als die Maschinen, wichtiger sogar als selbst das Kapital. Eben deshalb sind die Unternehmer so sehr darauf erpicht, und ebendasshall wollen sie es nicht zulassen, daß die Arbeitskraft unter den gleichen Bedingungen zu Markte gebracht und verkauft werde, wie eine andere Ware. Während sonst die Waren von ihrem Erzeuger und Besitzer angeboten werden, soll dies bei der Arbeitskraft nicht der Fall sein, soll der Arbeiter — obgleich der Erzeuger und Besitzer der Arbeitskraft — nicht dies tun dürfen: dieses Recht des Verkaufs der Arbeitskraft nimmt der Unternehmer für sich ganz allein in Anspruch! Er will damit handeln, schachern und prahnen! Ganz allein will er den Arbeitsmarkt beherrschen. Nicht der Arbeiter soll die Ware Arbeitskraft verschlechtern und an den Mann bringen. Nicht der Arbeiter soll seine Ware anbieten dürfen, sondern — der Unternehmer bietet seinen leeren Arbeitsplatz aus! Und er schlägt ihn demjenigen zu, der ihm das meiste dafür offeriert, indem er das wenigste für sich selbst beansprucht...

So haben sich die Dinge unter der Herrschaft des kapitalistischen Raubsystems geändert! Es ist die verlehrte Welt. Wer da glaubt, das sei eine Verleumdung der Unternehmer, daß sie den Handel mit der menschlichen Arbeitskraft in die Hand nehmen wollen, ohne dem Arbeiter auch nur den geringsten Einfluß zu gewähren, der lese einmal die Denkschrift des Verbandes der Metall-industriellen der Kreishauptmannschaft Dresden über die parasitären Arbeitsnachweise. Es heißt da:

"In dem Umstände, daß wir die Arbeiter von jeder Mitwirkung bei der Verwaltung unserer Nachweissstelle ausschließen, erblicken sozialdemokratische und latzbediensozialistische Kreise einen schweren Mangel, weil damit die „Gleichberechtigung“ beseitigt würde, die sie für die Arbeiter, wie überall so auch hier, in Anspruch nehmen. Nach unserer Ansicht darf die politische Gleichberechtigung der Arbeiter nicht auf die landwirtschaftliche und soziale in solchem Umfang ausgedehnt werden, daß damit die Grundlage unserer Wirtschaftsordnung fällt. Diese Grundlage ist das Privateigentum und dessen Ausübung ist, daß der Unternehmer — wie scheuen uns nicht, das vielgeschmähte Wort auch an dieser Stelle zu wiederholen — Herr im Hause bleibt; daraus folgt das Recht, die Arbeiter lediglich nach seinem Ermessen auszuwählen und einzustellen. Für eine Mitwirkung der Arbeiter in dieser Beziehung ist weder Raum noch Recht. Nur der Unternehmer ist verantwortlich für den Betrieb; es ist widerständig, wenn ihm die Verantwortlichkeit überlassen und anderen unverantwortlichen Personen das Recht der Mitteilung eingeräumt wird, wie es in der Mitverwaltung eines paritätischen Arbeitsnachweises enthalten ist. Dem Rechte des Arbeitgebers steht das Recht des Arbeiters gegenüber, nach seinem Ermessen die Arbeitsstelle zu suchen oder sie zu verlassen.

Diese Sache wurden auch in einer Dresdner Stadtverordnetensitzung angeführt, und zwar von dem Buchbindermäister Ulrich, welcher sich nicht scheute, das Bekennnis zu diesem Herrenstandpunkt abzulegen und auszusprechen: "Das Recht, Arbeit zu vergeben, kann nur derjenige haben, der auch für Arbeit sorgt, und der Arbeitsnachweis sorgt nicht für Arbeit, sondern nur der Arbeitgeber sorgt dafür, daß die von ihm angestellten Leute Arbeit haben. Folglich muß er das Recht haben, in seinen vier Pfählen auch eigenen Herr zu bleiben."

Das ist doch deutlich, und so wie diese Unternehmer denken alle: "Die Arbeitskraft des Proletariers soll ohne Beschränkung dem Ausbeuter gehören." — Wir Gewerkschafter aber sagen: "Die Arbeitskraft des Proletariers gehört einzig und allein dem Proletarier!"

Der Rechtsbegriff als Waffe im Emancipationskampfe.

IV.

Recht und Pflicht. (Schluß)

r. Wenn wir den Rechtsbegriff etwas näher betrachten, so entdecken wir an ihm noch eine neue Seite. Da ein Recht nur in einer sozialen Gemeinschaft existieren kann, denn ein allein lebender Mensch kann weder Recht noch Unrecht tun, so findet es eine Grenze, an der es aufhört. Anders ausgedrückt heißt das, daß ein jedes Recht beschränkt wird, durch das Recht des anderen, oder daß ein jedes Recht eine Rechtsseite hat, nämlich die Pflicht. Unbeschränkte Rechte gibt es in einer Gesellschaft denkender und fühlender Menschen nicht. Gerade weil das Recht die Willkür ausschließt und die Interessengemeinschaft zweier Menschen oder Gruppen gegeneinander abgrenzt, so endet es an der Grenze dieser Interessengemeinschaft, wo das Recht der andern, nämlich die Pflicht, beginnt. Das Recht, das irgendein Mensch trotz seiner Macht besitzt, legt ihm gegenüber den anderen, auf die sich dies Recht erstreckt, gewisse Verpflichtungen auf, die er zugleich mit dem Recht übernimmt. Hier ist der Boden, wo die Keime eines neuen Rechts entspringen, die sich dann allmählich zu neuen Rechtsanschauungen und Rechtsformen entwickeln.

Der Sklavenhalter des Altertums, der schier unerschrocken über seine Sklaven gebot, hatte ohne Zweifel auch Pflichten gegen seine Sklaven; er mußte den Sklaven Nahrung, Wohnung und Kleidung gewähren, er mußte ihnen Zeit lassen zur Ruhe und Erholung, er mußte ihnen Pflege und gute Behandlung angedeihen lassen, wenn er von den Sklaven Nutzen haben wollte. Der Grundherr des Mittelalters übernahm als Entschädigung für die Abgaben

und Dienste der Bauern die Verpflichtung, das Land gegen die Feinde zu schützen und das Volk in seinem Erwerb zu beschützen. Der Kapitalist der Gegenwart erlaubt sich sein Ausbeutungsrecht dadurch, daß er die Pflicht anerkennt, dem Proletarier einen auskömmlichen Lohn zu zahlen.

Hier taucht nun die schwierige Aufgabe auf, Rechte und Pflichten genau gegeneinander abzugrenzen, sie in ein richtiges Verhältnis zu bringen. Diese Aufgabe läßt deshalb auf so große Schwierigkeiten, weil die Auffassungen der Beteiligten sich direkt gegenüberstehen. Der auf sein Recht pochende Machthaber will seine Rechte erweitern und seine Pflichten vermindern, weshalb er sich fortwährend über eine Beschränkung seiner Rechte bellagt und über die stets zunehmende Pflicht jammert. Sein Gegenpart, der Mensch in anderen Rechten, betont stets, daß man ihm sein Recht verhindere, während man ihm eine immer drückendere Pflichtenlast aufblättere. Auf diese Weise kommt es zu einem zähnen, erbitterten Kampf zwischen den beiden Gegnern. Der Herr bricht, wenn man ihm glauben darf, beharrte unter der Last seiner Pflichten zusammen — man denkt nur an die „mühevollen“ Tätigkeiten eines Landesvaters, der sich für seine Untertanen „aufopfert“, indem er Tag und Nacht für sie sorgt —, der Untergebene spültelt über diese vermeintliche Last und sucht den Pflichtenkreis des Herrn zu erweitern, während er sich selbst zu entlasten strebt. Je mehr von beiderneben sich auf sein Recht durch einen Verkleinerungsglas und seine Pflicht durch einen Vergrößerungsglas und darum entstehen ununterbrochene Neubungen zwischen ihnen. Diese Neubungen treten so deutlich zutage, daß sie keinem denkenden Menschen mehr entgehen können. Ob es sich um politische, wirtschaftliche oder geistige Interessen handelt, überall sehen wir die Gegensätze und die sich daran knüpfenden Kämpfe.

Dass einem jeden Rechte eine Pflicht gegenübersteht, gilt in hohem Maße auch für die Arbeiterklasse. Der Proletarier, der auf sein gutes Recht pocht, übernimmt damit zugleich auch die Pflicht, um dieses Recht zu kämpfen und alles, das zu tun, was der Kampf ums Recht erfordert. Diese unzertrennliche Einheit zwischen Recht und Pflicht wird leider vielfach übersehen, sie wird durch die einsitzige Herabsetzung der Rechtsansprüche in den Hintergrund gedrängt, aber um so mehr ist es notwendig, sie mit grossem Nachdruck zu betonen. Und zwar gilt dies ebenso gut im Gebiete des Wirtschaftslebens wie im Klassenkampfe.

Ein Unternehmer, der sich auf den Boden des modernen Rechts stellt, hat das Recht, von seinem Arbeiter ein ordentliches Stück Arbeit zu fordern, aber er hat auch die Pflicht, dem Arbeiter anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Umgekehrt hat der Arbeiter das Recht, anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu fordern, und die Pflicht, ein anständiges Stück Arbeit zu liefern. Wer in diesem Gegenseitigkeitsverhältnis seiner Verpflichtung nicht nachkommt, hat dadurch seinen Rechtsanspruch verlustig. Deshalb werden in einem Vertrage Rechte und Pflichten genau festgelegt, die dann auch ausgehalten werden müssen. Das Zusammenarbeiten und das Zusammenleben der Menschen würde zu einer Unmöglichkeit, wenn Freie und Gläubiger verschwänden, wenn nicht jeder Rechtsanspruch durch eine Pflichterfüllung ergänzt würde. Dies war zu allen Zeiten der Fall und wird auch zu allen Zeiten so bleiben, denn auch in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft hat jeder arbeitsfähige Mensch, der einen Rechtsanspruch auf ein menschenwürdiges Dasein erhebt, die Verpflichtung, nach besten Kräften zum Wohle der Gesellschaft beizutragen. Die Gesellschaft ist ja am besten, in der ein wahrhafter Ausgleich stattgefunden hat zwischen den Rechten und Pflichten des einzelnen.

Auch im modernen Klassenkampf können wir deutlich beobachten, wie sich Recht und Pflicht einander ergänzen. Der moderne Proletar hat ohne Zweifel das Recht, um eine bessere Lebenshaltung, um Freiheit und Menschenwürde zu kämpfen; er hat aber auch die Pflicht, diesen Kampf aufzunehmen und energisch zu betreiben. Hieraus ergeben sich verschiedene wichtige Folgerungen. Da die

Die bayerischen Holzgroßhändler als Schädiger des Nationalvermögens.

II. Die Einnahmen aus den bayerischen Staatsforsten betragen pro Jahr etwa 45 Millionen Mark. Der staatliche Holzverkauf, sowohl Lang- und Blockholz in Frage kommend, erfolgte auf dem Submissionswege oder auf dem Wege der Versteigerung.

Im vorherigen Jahre richtete der Vorsitzende des bayerischen Holzinteressentenverbandes, Sägewerksbesitzer Seitzmann in Nürnberg, an die bayerische Forstverwaltung das Erwegen, es möge bei den staatlichen Holzverkäufen nicht die Submission, sondern die Versteigerung die Regel bilden. Diesem Ansuchen hat die Forstverwaltung auch entsprochen in der Erwartung, daß die großen Holzinteressenten bei Versteigerungen lobal verfahren. Die Forstverwaltung ist den großen Holzhändlern also sehr entgegengetreten. Es liegt nämlich der Vorteil für die Holzhändler darin, daß sie sich bei Versteigerungen leichter über die Angebote verständigen können als bei Submissionen. Bei letzteren ist übrigens auch die auswärtige Konkurrenz leichter in der Lage, an den Räumen teilzunehmen.

Im vergangenen Herbst begannen in Bayern die ersten großen Versteigerungen in der Oberpfalz. Bevor diese, für die Preisbildung der folgenden Versteigerungen im hohen Grade maßgebenden Verkäufe stattfanden, berief Bettmann die steigerungslustigen Holzinteressenten aus der ganzen Oberpfalz zu einer Versammlung in Schwandorf zusammen. Dort machte Bettmann zuerst pessimistische Ausführungen über die Geschäftslage im Holzgewerbe und zeigte diese Ausführungen mit allerlei Beispielen, außer-

Organisation eine wichtige Waffe ist im Befreiungskampfe des Proletariats, so hat jeder Proletarier die Pflicht, sich seiner Organisation anzuschließen. Das Koalitionsrecht erweitert sich also zu einer Koalitionspflicht. Da ferner Disziplin und Opferfreudigkeit unentbehrliche Eigenschaften sind in diesem Kampfe, so muss jeder klassenbewußte Proletarier freiwillige Disziplin üben und Opfer bringen. Er muss eben, wie man sich drastisch ausdrückt, seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit tun und als Kämpfer marschieren im großen Heere des Proletariats. Ob er als einfacher Soldat unter dem roten Banner eingeschreitet oder ob ihn seine Geisteshaber zu einer führenden Stellung befähigen, das ist nebenfachlich, die Hauptfahne ist, daß er seine Schuldigkeit tut.

Zum Glück für die Entwicklung der Menschheit greift dieses Pflichtbewußtsein immer mehr um sich, und immer breitere Kreise des Volkes sehen ein, daß nur der Mensch und die Klasse recht bekommen wird, die ihre Pflicht in vollem Umfang erfüllt.

Arbeitskammern.

Das Verlangen der Arbeiter nach Errichtung einer amtlichen Stelle, die verunsichert ist, die Arbeiterinteressen zu vertreten, analog den Handels- und Handwerkskammern, die ausschließlich Unternehmerinteressen wahrnehmen, ist nicht neu. Schon in dem sozialdemokratischen Arbeiterschuhentwurf, der im Jahre 1877 von Frijsche und Rebel im Reichstag eingebrochen wurde, wird die Errichtung von Gewerksammern verlangt. Das gleiche Verlangen, nur mehr spezialisiert, findet sich in dem sozialdemokratischen Arbeiterschuhentwurf vom Jahre 1885, in welchem die Errichtung von Arbeitskammern, Arbeitsämtern und als Spalte dieser Organisation das Reichsarbeitsamt verlangt wird.

Es hat ziemlich lange gedauert, bis die, diesen Anträgen zugrunde liegende Idee bei den bürgerlichen Parteien Boden fand. Es bedeutete eine ziemliche Überzeugung, als in den Kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890 die Errichtung von Arbeitskammern in Aussicht gestellt wurde. Zu diesen Erlassen heißt es:

"Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen bestehen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt sind und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter förläufig zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu erhalten."

Wie ernst es der Regierung mit der Erfüllung der in den Kaiserlichen Erlassen gegebenen Versprechungen war, zeigt die Tatsache, daß nicht weniger als 18 Jahre vergingen, ehe dem Reichstag der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern zugegang. Dieser Entwurf, der in der Deutschen Föderlichkeit fast allseitig auf das schärfste kritisiert wurde, hat im Reichstag eine wider Erwarten günstige Aufnahme gefunden. Er wurde einer Kommission überwiesen, die ihn auch gründlich durchgearbeitet hat. Der Bericht der Arbeitskammerkommission hat schon im Monat Mai vorigen Jahres vorgelegen, ans Plenum ist er aber nicht gelangt. Und als die Session im vorigen Spätsommer geschlossen wurde, fiel mit anderen gesetzgeberischen Arbeiten auch das Arbeitskammergesetz unter den Tisch.

Nunnehi hat die Regierung einen neuen Entwurf eingeführt, der bereits am 16. Februar in erster Lesung zur Beratung gelangte und wiederum einer Kommission überwiesen wurde. In der Begründung der neuen Vorlage heißt es, daß die Verbündeten Regierungen beschlossen hätten, die Beschlüsse der Kommission nach Möglichkeit zu

Nach den Versteigerungen halten die Großhändler unter sich Versteigerungen ab; auf diese Weise müssen die kleinen Holzverbraucher das Holz teurer bezahlen und der Staat löst doch wenig dafür. Schreinermeister und kleine Leute können gar nicht mit steigen. Unlängst wurde ein Los Eichenholz um 20 000 M. versteigert. Die Händler hielten sofort unter sich eine Versteigerung ab, wobei 23 000 M. gelöst wurden. Die Differenz teilten die Leute untereinander. Die Händler, so meinte der Forstrat, verdienten Geld, ohne einen Zinter zu machen und die kleinen Schreinermeister, die das Holz mühsam bearbeiten, müssen es teurer bezahlen. Man darf annehmen, daß infolge der Koalition der Händler durchschnittlich 15 Proz. unter dem Marktpreis verkauft werden müssen. Dieses bedeutet für die bayerische Forstverwaltung eine Mindereinnahme von 6 Millionen Mark pro Jahr oder einen Steuermehrbedarf von 15 bis 18 Proz.

Das Schöffengericht sprach den Universitätsprofessor frei und verurteilte dem Vorsitzenden des bayerischen Holzinteressentenverbandes sämtliche Kosten auf. In der Urteilsbegründung war ausdrücklich betont, daß die Wendungen „überstören“, „Sand in die Augen streuen“ und „gegen die guten Sitten verstossen“ passierbar waren. Endes ist in der Brandmerkung des Verhaltens der Holzhändler nicht zu weit gegangen.

Es ist dies ja eine ganz saftige Lotion, die der Vorsitzende des bayerischen Holzinteressentenverbandes da erhält, allein Herr Bettmann hat eigentlich nur als gewiefter Kaufmann gehandelt. Diese Korruptionsscheinungen sind typisch für das kapitalistische System; sie werden erst mit diesem selbst verschwinden.

Warnung vor Zugang!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperzung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zentralstelle bewilligt durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.

Zugang ist fernzuhalten von:

Städtern, Maschinen- und Hilfsarbeiter nach Bremen, Bremens, Münzenberg (Wehrmann), Düsseldorf (Schönfeld), Halle in Westfalen (Doppelmeyer), Hennigsdorf, Minden i. Westf. (J. Schmidt), Neustadt a. Orla (Kittelbach), Oberneubrunn i. Thür., Oeynhausen (Aegly), Steinmeyer), Neistenhausen, Sommelsdorf, Bussenhausen (Bröll), Göttingen, Schloss in der Schweiz, Norbmachern nach Münzenberg bei Crossen a. d. Oder (Stralauer Glashütte), Stettin (Lüneburg), Dresdner nach Stargard i. Pommern (Wehrholz), Stellmachern nach Halle in Westfalen (Doppelmeyer), Stellmachern nach Zürich (Rohrdorf u. Co.).

berücksichtigen. Die Wirklichkeit sind jedoch alle Verbesserungen, welche die Kommission vorgenommen hat, sorgfältig ausgemerzt. Das gilt insbesondere für die vor der Kommission unter dem Widerspruch der Regierungen in das Gesetz aufgenommene Bestimmung über die Wahlbarkeit von Gewerkschaftsbeamten in die Kammern. Die Regierung hält den Ausschluß der Gewerkschaftsfreidirektionen den Arbeitskammern für so wichtig, daß sie ein Gesetz mit dieser Bestimmung für unannehmbar erklärt. Auf der anderen Seite sind aber die Angehörigen aller Gewerkschaftsräte darin einig, daß die Arbeitskammern, die nach dem Entwurf der Regierung an sich keine besonderen erstrebenswerte Einrichtungen sind, jeden Wert verlieren, wenn ihnen Angestellte der Gewerkschaften nicht angehören dürfen.

Der Zweck der Arbeitskammern soll sein, die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer der in ihnen vertretenen Gewerbezweige wahrzunehmen. Die besonderen Interessen der Arbeiter sollen aber nur wahrgenommen werden dürfen unter gleichmäßiger Berücksichtigung des Arbeitgeberinteresses. Diese letztere Wendung ist neu, im vorigen Regierungsentwurf hat sie nicht gestanden. Sie zeigt, wie befürchtet die Regierung darum ist, daß unter allen Umständen auf die Interessen der Unternehmer Rücksicht genommen wird.

Die Bezeichnung der zu schaffenden Einrichtungen als Arbeitskammern ist eigentlich nicht zutreffend, denn in ihnen sollen nur die Industriearbeiter, und auch diese nicht ausnahmslos, eine Vertretung finden. Ausgeschlossen sind die Arbeiter in den Betrieben der Armee- und Marineverwaltung sowie die Eisenbahnarbeiter. Außerdem sind die Privatangestellten, die Werkmeister und Techniker, die Apotheker und die Handlungsgehilfen und sonstigen gewerblichen Arbeiter in Handelsgeschäften von den Arbeitskammern ausgeschlossen. Für die technischen Beamten und Kaufleute sollen später besondere Kammern errichtet werden, womit jedoch der größte Teil der in Frage kommenden Personen keineswegs einverstanden ist. Die in Kommission gesetzten Sonderkammern sind nur eine Konvention, die jene rückständigen Elemente in den fraglichen Kreisen, denen die Pflege des Standesdienstes wichtiger erscheint als die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen.

Im Sinne des Gesetzes würde es liegen, wenn für die Errichtung von Arbeitskammern im ganzen Reich einheitliche Geschäftspunkte maßgebend wären. Deshalb hat auch die Kommission beschlossen, die Befugnis zur Errichtung von Arbeitskammern dem Bundesrat zu übertragen. Im neuen Entwurf ist diese Befugnis den Landeszentralbehörden übertragen. Das bedeutet, daß sich die sozialrückständigen Regierungen einzelner Bundesstaaten bei der Schaffung der Instrumente für die Erhaltung des gewerblichen Friedens, als welche die Arbeitskammern doch gelten sollen, keinen Zwang aufzuerlegen brauchen. Große Sorge hat die Regierung auch, daß nicht zu junge Leute in die Arbeitskammern kommen. Die Kommission hatte das Alter für das aktive Wahlrecht auf 21 Jahre, für die Wahlbarkeit auf 25 Jahre festgesetzt. Der neue Regierungsentwurf ist aber am 25. bzw. 30. Jahre fest. Für die Wahlbarkeit zum Reichstag genügen bekanntlich 25 Jahre; es kann also, wenn der Regierungsentwurf angenommen wird, der Fall eintreten, daß jemand wohl die Reife zum Gesetzgeber, nicht aber die zum Mitglied der Arbeitskammer hat.

Im ersten Regierungsentwurf war vorgesehen, daß die Abteilungen der Arbeitskammern und der Abteilungen in der Regel öffentlich sind. Bei der Kommissionsberatung wurden gegen diese Bestimmungen von reaktionärer Seite Bedenken erhoben. Konservative und Nationalliberale verhinderten, daß „agitatorische Reden“ gehalten werden. Die Mehrheit der Kommission hat demgegenüber an der Offenheit der Sitzungen festgehalten, aber die Regierung hat sich trotzdem bewogen gefühlt, den Wünschen der rückständigen Unternehmer Folge zu leisten und „den in den Kommissionsberatungen geäußerten Bedenken gegen die Offenheit der Verhandlungen in den Arbeitskammern beizutreten“.

Die Arbeitskammern sind in der Form, wie sie von der Regierung vorgeschlagen werden, ein Geschenk von sehr

abweichender Qualität. Es ist auch kaum anzunehmen, daß der Entwurf in der Kommission eine durchgreifende Verbesserung erfahren. In der Hauptsache werden die Aufgaben, die den Arbeitskammern zugewiesen sind, auch künftig von den Gewerkschaften erfüllt werden müssen, und die Stärkung der Gewerkschaften wird um so notwendiger sein, als die Regierung in Übereinstimmung mit der Mehrheit des Reichstages die Schaffung von Arbeitskammern als reinen Interessenvertretungen der Arbeiter ablehnt.

Doch aber auch die Arbeitskammern, welche die Regierung vorschlägt, nicht den Aufgaben entsprechen, die ihnen die kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 zuweisen, zeigt schon ein oberflächlicher Vergleich des oben abgedruckten Sakes aus den Klassen mit dem Inhalt der Regierungsvorlage. Wie ein Sohn auf das Kaiserwort von den Vertretern der Arbeiter, die deren Vertrauen besitzen, erscheint die hartnäckige Weigerung der Regierung, den Gewerkschaftsangestellten Zutritt zu den Arbeitskammern zu gestatten. Berufsländige Arbeiter, die jeden Augenblick der Gefahr ausgesetzt sind, gemahnt zu werden, können die Interessen ihrer Kollegen nicht mit der wünschenswerten Schärfe vertreten. Die Gewerkschaftssekretäre sind die berufenen Vorstöhrer der Arbeiter, die auch deren Vertrauen besitzen. Beharrt die Regierung gegenüber der Zulassung der Gewerkschaftsangestellten zu den Arbeitskammern auf ihrem „Unannehmbar“, dann sind zwei Möglichkeiten gegeben: Entweder fällt das auch in dieser Frage ausschlaggebende Zentrum um und beruhlt den Arbeitern zu einem für sie unbrauchbaren Gesetz oder aber die Regierung lehnt zum Schlusß die durchberatene Vorlage ab. Man kann im Zweifel sein, welchen von den beiden Wegen der Vortrag zu geben ist. Das eine ist aber jetzt schon gewiß: Aus der Arbeitskammervorlage wird schwerlich ein für die Arbeiter nützliches Gesetz werden.

Soziales.

Aus dem Reichstage.

Die zweite Lesung des Militäretats, bei welcher wiederum eine Menge alljährlich wiederkehrender Klagen zur Sprache kamen, war diesmal besonders dadurch interessant, daß der Kriegsminister v. Seerling durch seine Ungehorsamkeit bis unter die Ränder geriet. Die freche Staatsstreichdrohung des Junters Obensburg war noch einmal zur Sprache gekommen, wobei darauf hingewiesen wurde, daß es der Kriegsminister schon vorher als einen glücklichen Zustand bezeichnet hatte, daß die Offiziere nicht auf die Verfassung vereidigt sind. Herr v. Seerling erklärte nun, in die Enge getrieben, daß ihm hierbei sein eigenes Heimatland Kurhessen vorgesetzte habe. Die Vorlesung, die ihn darauf der Genosse Ledebour über den Verfassungsbruch des Kurfürsten von Hessen und seines Ministers Hassenpflug hielt und die Folgerungen, die er daraus zog, dürften dem Kriegsminister sowohl als auch manchen anderen Pseudopatrioten im Reichstage sehr unangenehm in den Ohren gellungen haben. —

Gänzlich neue Wege beschreitet die Regierung mit dem Kaligesetz, welches am 14. Februar in erster Lesung erledigt wurde. Kali ist ein wichtiges Düngemittel, welches fast ausschließlich in Deutschland gefunden wird. Für die Ausnützung dieser Bodenschäze besteht schon seit langem ein Kartell, welches bestrebt ist, im Interesse der deutschen Landwirtschaft die Auslandspreise möglichst hochzuhalten, oder auch den Unternehmern glänzende Profite sichert. Diese Pläne werden jedoch durch einige Großunternehmer gefördert, welche sich durch billigere Preissetzungen höhere Auslandslieferungen verschaffen haben. Um nun einen Konkurrenzklampf in der Kaliproduktion zu verhüten, der den Unternehmern notwendig größere Verluste bringen, andererseits aber auch die Belebung gefährdet würde, welche die deutsche Landwirtschaft gegenwärtig vor dem Ausland genieht, will die Regierung sämtliche bestehenden Kaliproduzenten zwangsweise in ein Kartell zusammenschließen, welches die Preise festsetzt. Mit der Einbringung dieses Gesetzentwurfs wird der privataufkapitalistischen Wirtschaft das schärfste Urteil gesprochen, der Entwurf bedeutet, wie Genosse Hue ausführte, geradezu eine Bankrottserklärung der Privatwirtschaft in der Kaliproduktion. Statt aber die einzige richtige Konsequenz aus dieser Tatsache zu ziehen und die Kalibergwerke in den Staatsbesitz zu überführen, bringt die Regierung den Gesetzentwurf ein, welcher den Kapitalisten auf Kosten der Gesamtheit des Volkes einen hohen Profit sichern soll. Das Gesetz wurde an eine Kommission verwiesen; sein Schicksal ist zunächst noch unbekannt.

Am Anschluß an das Kaligesetz wurden einige sozialpolitische Gesetzentwürfe beraten. Das Stellenvermittelungsgesetz, welches dazu bestimmt ist, die ältesten Auswüchse auf dem Gebiete der privaten Stellenvermittlung zu beseitigen, fand im allgemeinen eine freundliche Aufnahme bei den Parteien. Der Entwurf wurde an eine Kommission verwiesen, und es bleibt abzuwarten, ob es gelingt, ihn dort in wünschenswerter Weise zu verbessern. Den Entwurf zum Arbeitskammeregesetz haben wir an anderer Stelle eingehend besprochen. Die Beratung drehte sich hauptsächlich um die Wahlbarkeit von Arbeiterssekretären zu den Arbeitskammern und um die Frage, ob deren Verhandlungen öffentlich sein sollen oder nicht. Der Staatssekretär Delbrück verteidigte den Ausschluß der Arbeiterssekretäre mit dem Einwand, daß diese an feste Programme und Beschlüsse gebunden und somit nicht unabhängig seien. Diese Fürsorge für die Unabhängigkeit der

Arbeitervertreter ist wirklich ruhend, nur schade, daß sie bei den Regierungsvorträtern, nur dort in Erscheinung tritt, wo es gilt, eine eigentlich selbstverständliche Forderung der Arbeiterschaft abzulehnen. Mit Recht erklärte Genosse Ledebour den Entwurf in der vorliegenden Fassung für unannehmbar. Hätte die Regierung, als es im Jahre 1877 zum ersten Male von den Sozialdemokraten verlangt wurde, Gewerksammern eingerichtet, dann hätte das der Arbeiterschaft nutzen können. Seither haben wir die Gewerkschaften so ausgebaut, daß wir auf die geschickliche Vertretung verzichten können. Unter allen Umständen verzichten wir aber auf ein Gesetz, welches, wie das vorliegende, auf die Interessen der Unternehmer zugeschnitten ist.

Das Hausarbeitsgesetz, wie der Gesetzentwurf zum Schutz der Heimarbeiter bezeichnet wird, war ursprünglich ein Teil der Gewerbeordnungsnovelle, die im vorigen Jahre von der Kommission beraten wurde. Jetzt soll diese Materie in einem besonderen Gesetz geregelt werden. Durch den Gesetzentwurf soll die Möglichkeit geschaffen werden, den Arbeiterschutz in der Heimarbeit etwas intensiver zu gestalten. In der Hauptsache gibt es dem Bundesrat und den Polizeibehörden das Recht, gewisse Verordnungen zu erlassen. Ob von dieser Vollmacht der nötige Gebrauch im Interesse der Arbeiter gemacht wird, bleibt dem mehr oder weniger guten Willen der Behörden überlassen. Unser Kollege Robert Schmidt erklärte namens der Sozialdemokraten, daß diese grundsätzliche Gegner der Heimarbeit seien; zum mindesten aber müsse die Heimarbeit bei der Herstellung von Nahrungs- und Gemüsmitteln verboten werden. Zum Schutz der Arbeiter vor übermäßiger Ausbeutung verlangte er die zwangswise Festsetzung von Mindestlohn. Auf die Erfüllung dieser Forderungen ist allerdings so bald nicht zu rechnen. Ein Mindestlohnkonkurrenz ist die Regierung wohl bereit, den Millionen in der Kaliproduktion zu garantieren, aber auf die armen Heimarbeiter braucht man solche Rücksicht nicht zu nehmen. Der Hausarbeitsgesetzentwurf wurde einer Kommission überwiesen. Der gleichen Kommission wurde später auch noch die Gewerbeordnungsnovelle überwiesen. Es handelt sich bei dieser Vorlage um einige Punkte aus dem im ganzen revisionsbedürftigen Gebiet der Gewerbegegesetzgebung, die vorweg erledigt werden sollen. Insbesondere kommen die Bestimmungen über die Lohnbücher, der Fortbildungskontakt für Arbeiterinnen, die Beschränkung der Arbeitszeit durch die Landeszentralbehörden und die Polizei sowie die Aufhebung der Lohnzahlungsbücher für Kinderjährlinge in Betracht.

Der Toleranzantrag des Zentrums, der am 17. Februar verhandelt wurde, kommt alljährlich wieder. Er ist in diesem Jahre etwas schwächer ausgefallen als sonst, er wurde aber trotzdem mit 180 gegen 160 Stimmen abgelehnt, da außer dem Zentrum nur die Sozialdemokraten und Polen für ihn stimmten. Man darf natürlich nicht annehmen, daß es dem Zentrum um die Anerkennung der religiösen Toleranz zu tun ist; davon ist es weit entfernt. Es lehnte deshalb auch die von den Sozialdemokraten eingebrachten Amendements ab, durch welche die Gewissensfreiheit tatsächlich garantiert würde. Der ultramontane Toleranzantrag ist nur ein Komödienspiel, dessen das Zentrum bedarf, um auf den gläubigen Sinn seiner Anhänger zu wirken. Im Grunde ist es mit seiner Ablehnung ganz einverstanden, denn dadurch ist es imstande, sich im nächsten Jahre wiederum dem Publikum als Kämpfer für ultramontane Glaubensfreiheit vorzustellen.

Einen schlimmen Tag hatte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 19. Februar. Er wurde zur Mechaik gezwungen wegen der Mißachtung des Reichstagswahlrechtes, die er in seiner Landtagsrede bei der Einbringung des preußischen Wahlrechtswechselbalges zum Ausdruck gebracht hatte. In einer Rede, deren Wucht und Bedeutung auch von gegnerischer Seite rücksichtslos anerkannt wird, begründete der Genosse Frank die Anklage, welche das deutsche Volk gegen den Reichskanzler erhebt. Bethmann Hollweg sucht sich natürlich zu verleidigen; er erklärte, daß die verbündeten Regierungen nicht daran denken, das Reichstagswahlrecht anzutasten und er meinte einen ganz besonderen Triumph auszuspielen durch den Hinweis auf die Tatsache, daß ja auch die Sozialdemokraten eine Aenderung des Reichstagswahlrechtes anstreben. Mit diesem Täuschungsversuch, das Streben nach Ausbau und Sicherung des Wahlrechtes mit seinen eigenen Schmähungen des Reichstagswahlrechtes in Parallele zu setzen, hatte aber der Reichskanzler kein Glück. Seine Verteidigungsrede machte keinen Eindruck und es half ihm wenig, daß ihm die konservativen Wahlrechtsgegner zu Hilfe eilten. Von den übrigen Parteien wurde ihm mehr oder weniger deutlich gesagt, daß man seinen Beteuerungen nur geringen Glauben beimittet. Zum Schlusß hielt noch Ledebour eine prächtige Rede, in welcher er unter anderem das feige und brutale Vorgehen der Polizei gegen die Wahlrechtsdemonstrationen an den Pranger stellte und den Reichskanzler für das vergossene Blut verantwortlich mache.

Die zweite Lesung des Gesetzes des Reichstags des Jänner gibt in der Regel Gelegenheit zu ausgiebigen sozialpolitischen Debatten. Diesmal spielte aber die Sozialpolitik nur eine untergeordnete Rolle in der Diskussion. Das sozialpolitische Programm, welches der Staatssekretär Delbrück entwarf, war mehr als bescheiden. Es wird am besten charakterisiert durch die Tatsache, daß sich der reaktionäre Tischlermeister Pauli mit dem Staatssekretär durchaus einverstanden erklärte. Bei den Erörterungen über die Handelspolitik bekannte sich der Staatssekretär als Freund der Kartelle. Er meinte, daß gegen

über der syndizierten ausländischen Industrie die nicht-syndizierte deutsche Industrie ohnmächtig sei. Ein übrigens aller will er an der Schulzpolitis, die den Arbeitern die notwendigsten Nahrungsmittel ungebührlich verteuert, unbedingt festhalten.

Schon am ersten Tage der Debatte war die sogenannte deutsche Sozialpolitik vom Genossen Fischer einer gründlichen Erörterung unterzogen worden; der Staatssekretär habe es aber nicht für nötig befunden, darauf einzugehen. Als später Genosse Koch das Thema wieder anknüpfte, meinte Herr Delbrück, er hätte zunächst abwarten wollen, ob nicht das Zentrum sozialpolitische Anregungen geben würde. Dieses hat jedoch zurzeit kein Bedürfnis, Arbeiterfragen zur Sprache zu bringen. Diese Zurückhaltung wurde auch im weiteren Verlaufe der Debatte geübt, in welcher es zu einer größeren Auseinandersetzung zwischen dem neuen, unter nationalsozialistischer Regie gegründeten Bauernbund und dem Bund der Landwirte kam, dessen Führer Hahn hierbei keine Vorbeeren erntete. Am 1. März findet die Wahl des Präsidenten an Stelle des verstorbenen Grafen Stolberg statt.

Bom Wahlrechtswahlkampf. Die Wahlrechtskommission des preußischen Landtags hat rasche Arbeit geleistet. Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage ist beendet, und in wenigen Tagen werden die Anträge der Kommission dem Plenum unterbreitet werden. Konservative und Liberalen haben auch in dieser Frage wieder zusammen operiert und sie haben das Kunststück fertiggebracht, die jämmerliche Missgeburt, welche die Regierung als Wahlrechtsvorlage eingebracht hat, noch weiter zu verschandeln.

Die Regierungsvorlage wollte tatsächlich im Widerspruch mit dem verpfändeten Königswort die organische Fortentwicklung des Wahlrechts verhindern. Um großen und ganzen sollte alles beim alten bleiben; nur die Wahlmänner, die ja unter den gegenwärtigen Verhältnissen jede Bedeutung verloren haben, sollten ausgeschaltet werden durch die Einführung der direkten Wahl und einem verzweiften System der Stimmenzählung.

Gegenüber dem Verlangen nach Einführung der geheimen Wahl, wofür sogar in dem Dreiklassenparlament eine Mehrheit vorhanden ist, verhielt sich die Regierung entschieden ablehnend. Trotzdem hat die Kommission gleich in ihrer ersten Sitzung die geheime Wahl mit 10 gegen 18 Stimmen beschlossen und da auch für die von der Regierung selbst beantragte, direkte Wahl eine Mehrheit vorhanden ist, schien die Möglichkeit gegeben, wenigstens die direkte und geheime Wahl einzuführen. Gegenüber der Forderung der Arbeiterschaft wäre das ja schließlich kaum als Abschlagszahlung in Betracht gekommen, aber immerhin wäre es eine Verbesserung des elendesten aller Wahlssystem gewesen.

Aber das Zentrum, diese sogenannte Volkspartei, zu der die christlichen Gewerkschaftsführer und deren Anhänger schwören, hat es nicht gewollt. Wie so oft, übt das Zentrum auch in der Wahlrechtsfrage den schäbigsten Volksverrat. In der Theorie befürwortet sich das Zentrum zur Einführung des Reichstagwahlrechts in Preußen, dafür hat sich auch sein Redner in der ersten Lesung im Plenum ausgesprochen. Aber die Ultramontanen haben keinen Schritt unternommen, um dem Reichstagwahlrecht, für welches sie angeblich schwärmen, zur Annahme zu verhelfen. Dafür haben sie einen echt jesuitischen Gaunerstreich vollbracht. Unter dem Vorwand, die Einführung des geheimen Wahlrechts zu sichern, für welches, wie die vorausgegangene Abstimmung gezeigt hat, ohnehin eine Mehrheit vorhanden war, hat sich das Zentrum mit den Konservativen zusammengefunden. Diese beiden reaktionären Parteien vereinbarten ein Kompromiß, nach welchem die sogar von der Regierung vorgegebene indirekte Wahl beibehalten und dafür die geheime Wahl eingeführt wird.

Diese "geheime" Wahl, welcher die Konservativen zustimmen, macht der Schläueit der ultramontanen Volksbetrüger alle Ehre. Die Wahlmänner allein sollen nämlich geheim gewählt werden. Sie selbst sollen jedoch ihre Stimme für den zu wählenden Kandidaten öffentlich abgeben. Auf die Gründe, die für diesen Schwund ins Feld geführt werden, einzugehen, kann man sich sparen, es genügt, kurz auf die Wirkung hinzuweisen, die von den ultramontanen Füchsen und ihren jüngerlichen Freunden selbstverständlich vorausgesehen werden. In den größeren Städten sind die Arbeiter zum größten Teil Manns genug, um auch bei öffentlicher Wahl ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Die Einführung der geheimen Wahl kommt hier höchstens den reaktionären Elementen zugute, die von der öffentlichen Stimmabgabe einen Nachteil für ihr Geschäft zu befürchten haben. In den kleinen Städten und auf dem Lande gewährt aber erfahrungsgemäß auch die geheime Wahl keine Sicherheit für die Wahrung des Wahlgeheimnisses. Die Jünger können also ebenso wie die katholische Geistlichkeit als Wahlmacher des Zentrums im Verein mit den Behörden auch bei der geheimen Wahl ihrem Terrorismus gegen oppositionelle Wähler ungehindert freilaufen. Hier auf dem Lande und in den zurückgebliebenen kleinen Städten haben aber Konservative sowohl das Zentrum ihre Domänen. Deshalb neigen sich diese Parteien auch gegen eine gerechte Wahlkreiseinteilung, die den großen Städten den gebührenden Einfluss gewähren und die Opposition stärken würde.

Dass die Reaktionäre die Möglichkeit Wahlterrorisimus zu über, jüngst konterbierten wollen, zeigt auch der Umstand, dass nach dem geschlossenen Kompromiss die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner öffentlich erfolgen soll. Dort, wo Jünger und Pfaffen herrschen, wird es den Liberalen und noch viel weniger den Sozialdemokraten möglich sein, die notwendige Zahl von unabhängigen Käufern aufzutreiben, die das Amt als Wahlmann übernehmen können, ohne sich der Gefahr der schwersten wirtschaftlichen Schädigung auszusetzen.

Der Jüngste, die elende Wahlrechtsvorlage der Regierung noch weiter zu haben, gebührt ausschließlich dem Zentrum. Diese Partei des Volksverrats weiß, was sie ihren Wählern bieten kann. Den christlichen Arbeitern ist gerecht geworden durch die Erklärung, dass es grund-

fächlich auf dem Boden des Reichstagwahlrechts steht. Wenn es aber aus Handeln geht, dann nimmt das Zentrum die Interessen der reaktionären Bourgeoisie und der Jünger wahr. Das wird aber die christlichen Arbeiterschwestern nicht hindern, sich auch fürderhin weiter an den Zentrumswagen zu spannen.

Die jetzt vorliegenden Kommissionsbeschlüsse werden voraussichtlich auch in ihren wesentlichen Teilen die Zustimmung des Landtags finden, und von der Regierung ist nicht zu erwarten, dass sie der Umstreuung ihrer Vorlage ernsthafte Widerstand entgegensetzen wird. Man hat es bei der Finanzreform gesehen, dass sie auf Beschluss der konservativen Jünger ihre Gesetzesvorlagen leichter herzens preisgibt, und sie wird auch in der Wahlrechtsvorlage auf Kommando einschwenken. Das Spiel mit der Wahlrechtsvorlage zeigt, dass das Volk in Preußen weder von der Regierung noch vom Landtag etwas zu erwarten hat. Wollten wir auf diese Faktoren vertrauen und zu warten, wie es von manchen launvollen Kreislinigen empfohlen wird, dann könnten wir bis zum St. Klemensitag warten. Aber das arbeitende Volk ist müde der Schmach und fordert sein Recht. Wir haben die feste Auversicht, dass auch für Preußen ein freies Wahlrecht erobert wird, trotz Jünger und Pfaffen und trotz aller Hindernisse, die dem Volkswillen in den Weg gelegt werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt:

Oberstein 25 Pf., Oderberg 15 Pf., Schleswig 80 Pf.; ab 9. Woche: Schönheide 5 Pf.; ab 10. Woche: Großröhrsdorf 25 Pf., Münster 30 Pf.

Sämtlichen Zahlstellen gehen in diesen Tagen einige Exemplare der neuen Broschüre: *Was ist ein Beitrag oder Einheitsbeitrag?* zur Verteilung an die Verwaltungsmitglieder und Vertrauloseleute zu. Weitere Exemplare können von der Verlagsanstalt zu den im heutigen Sonderat angekündigten Preisen bezogen werden.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 10. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

40930 Karl Reichard, Tischler, geb. 24. 6. 71 zu Homburg v. d. H.

51164 Anton Pohlsdörfer, Tischler, geb. 29. 6. 69 zu Nordwalde.

511948 Gustav Weste, Tischler, geb. 25. 9. 77 zu Kohlstein.

76814 August Dolle, Tischler, geb. 18. 3. 79 zu Hörste.

118880 Hermann Handel, Tischler, geb. 14. 10. 78 zu Gr. Budom.

174806 Paul Bialec, Tischler, geb. 1. 10. 84 zu Ludwigslust.

274880 Oswald Schneider, Tischler, geb. 16. 8. 88 zu Nüschen.

279054 Kaspar Weiss, Tischler, geb. 1. 4. 70 zu Burghaig.

286927 Philipp Eyrich, Maschinenarbeiter, geb. 11. 11. 80 zu Hasselberg.

388517 Ludwig Hoffmann, Vergolder, geb. 28. 2. 67 zu Fürth.

352538 Paul Kümmer, Tischler, geb. 15. 11. 85 zu Geschwenda.

422088 Albert Besch, Maschinenarbeiter, geb. 15. 5. 87 zu St. Andreasberg.

469086 Lucie Schröder, Sohrarbeiterin, geb. 4. 7. 85 zu Bremen.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand,

Korrespondenzen.

Bremen. (Modelltischler.) Im Betriebe der Werft A.-G. Weser wird schon über ein Jahr lang täglich nur $7\frac{1}{2}$ Stunden gearbeitet, zeitweise auch von einem Teil der Arbeiter voll, von einem anderen verkürzt. Trotzdem wurden gelegentlich noch neue Arbeiter eingestellt. Die Werftleitung will die normale Arbeitszeit für alle Modelltischler erst dann wieder einführen, wenn alle Plätze besetzt sind. Dabei sind Abfordereungen keineswegs eine Seltenheit. Ein Ansuchen des Arbeiterausschusses, eine Lohnsteigerung vorzunehmen, da doch Stundenlohn von 40 bis 44 Pf. den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, wurde von der Direktion abgelehnt. Bei dem hier vorherrschenden Lohnakkord-System werden die Arbeiter mit dem niedrigsten Stundenlohn je zweimal gestraft, da der Unterschied von den gemeinsamen Akkorden prozentual nach dem Lohnsatz verteilt wird. Ebensoviel Entgegenkommen zeigte bisher die Direktion bei Beleidigungen über Betriebsentwicklungen. So reichen an den Maschinen die Exhaustoren nicht aus und sind infolgedessen öfters verstopft. Zur Abschaffung dieses Missstandes sind aber angeblich keine Mittel verfügbar. Bei diesen Verhältnissen in der Modelltischleret ist es deshalb nicht verwunderlich, dass es jetzt 12 flüchtige Kollegen vorzogen, diese Arbeitsstelle aufzugeben. Wir möchten deshalb alle auswärtigen Kollegen ersuchen, che sie hier eine Arbeitsstelle annehmen, sich vorher auf dem Zahlstellenbüro zu erkundigen. Für alle Modelltischleren am Orte gilt der Beschluss, dass nur der Arbeitsnachweis der Branche im Bureau der Zahlstelle benötigt werden darf. Umschauen sowie die Anspruchnahme anderer Arbeitsnachweise, als auch briefliche Anfragen an einzelne Firmen, sind streng untersagt.

Bremerhaven. Der "Schiffszimmerer", das Organ des Schiffszimmererverbandes, brachte in seiner Nr. 1 dieses Jahres einen Bericht von einer Konferenz der im Wesergebiet liegenden Zahlstellen des Verbandes. Der Bericht lässt den Delegierten aus Bremerhaven folgendes sagen: "Gudmann sagt über die Institution des Nachwuchses der Holzarbeiter in Bremerhaven, dass dieselbe wird be-

müht zur Vergrößerung unserer Organisation. Wenn Kollegen dort in Arbeit treten wollen, so müssen sie sich eine Karte holen von diesem Arbeitsnachweis. Sie bekommen aber nur eine, wenn sie ihren Wechselritt zum Holzarbeiterverbande erklären." Ich nahm darauf Bezugnahme, in einer Vertragsung an die Redaktion des "Schiffszimmerer" vorstehende Ausführungen als vollständig unzutreffend zu erklären. Leider hielt es das genannte Blatt nicht für notwendig, bis heute der Veröffentlichung Aufnahme zu gewähren. Die Beurteilung dieses recht wenig anständigen Verhaltens muss ich jedem gerecht denkenden Menschen überlassen.

Dresden. In der am 15. Februar abgehaltenen Jahrestagerversammlung gab Kollege Göltzfried den Jahresbericht. Als erfreuliches Zeichen ist zu konstatieren, dass es durch aufopfernde Tätigkeit aller Funktionäre gelungen ist, den Höchststand der Mitgliederzahl des Jahres 1910 um weitere 97 Mitglieder zu überschreiten. Eine erfreuliche Ausdehnung hat auch die Frequenz der Bibliothek gebracht, so dass die Verwaltung an eine Erweiterung derselben gehen muss. Kollege Hanke ergänzte dann noch den im Druck vorliegenden Kassenbericht, der eine erfreuliche Entwicklung der Kassenverhältnisse aufweist. Nach kurzer unverfehlbarer Diskussion wird dem Kassierer Decharge erteilt. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl, Heinrich, Göltzfried, Breitling, Goldammer, Walther Pizzing, Fischer, Nübel, Prolopp und Beller.

Elbing. Die hier am 12. Februar dieses Jahres in Kraft getretene Verbesserung der vertraglich festgelegten Arbeitsbedingungen scheint einer Reihe von Arbeitgebern durchaus nicht in den Raum zu passen. Während sich einige strikte weigern, den Vertrag überhaupt anzuerkennen, versuchen andere nach berühmten Mustern ihre Leute zu entlassen, indem sie Arbeitsmangel vorschützen. So hat hier der Tischlermeister Kling dieses Manöver durchgeführt. Es handelt sich hier aber keineswegs um Arbeitsmangel, denn Herr Kling hat unseren Kollegen noch kurz vor dem Anstreiten der besseren Bedingungen einen größeren Posten vorgegeben. Als dieselben mittler in der Arbeit stehen, die kaum zur Hälfte fertiggestellt ist, werden sie von Herrn Kling entlassen mit der Begründung, er könne die erhöhten Lohnsätze und Altkordpreise nicht zahlen, weil er schon fünf Jahre mit Unterbilanz arbeitet. Es muss gerade ein Genie von Tischlermeister sein, der es fertig bringt, bei solch unrentablen Wirtschaftsweise seinen Betrieb nicht nur aufrechtzuhalten, sondern der die feste Absicht hat, diesen Betrieb weiterzuführen. Mag sich nun Herr Kling als Finanzkünstler produzieren, so will, uns interessiert an der Sache eben nur, dass er mit dieser seiner Handlungsweise einen unberechtigten Vertrag abbruch begangen hat, und auch der Vorsitzende des Schuhverbandes hat nach einer Rücksprache offen erklärt, dass er diese Handlungsweise nicht billigen kann. Nebenbei bemerkt, hat der Herr auch im vorigen Jahre erst durch besondere Belehrung sich zur Anerkennung des Vertrages bequemen können. Trotz der hier geschilderten, uns eigentlich anmutenden Eigenschaften des Tischlermeisters Kling war derselbe im vorigen Jahre von seinen Kollegen in die Schlichtungskommission gewählt worden. Ein würdiger Repräsentant seiner übrigen Kollegen. Da durch die hier geschilderte Handlungsweise, wie schon vorher bemerkt, Vertragsbruch begangen worden ist, bleibt auch für unsere Kollegen der Betrieb gesperrt, bis die Angelegenheit ge regelt ist.

Emmendingen. Der Betrieb des Schreinermeisters Lenz kann nicht gerade als besonders empfehlenswert bezeichnet werden; der Herr ist es gewohnt, seine Gehilfen wie Schuljungen zu behandeln. Bekommt man da ein Stück Arbeit, so darf man den ganzen Schuppen nach Abschültern durchlöfern. Das Solo lässt sich der Meister dann vorlegen, worauf er den Arbeiter gewöhnlich noch zu rechnen weist. Die Folge ist, dass schließlich an einem gewöhnlichen Stück Arbeit mehrere Tage mit Holzsuchen aufgebracht werden. Auch bekommt man noch verschiedene Arbeiten drunter rein, so dass es erfärlisch ist, dass die Arbeit immer zu lange dauert. Kurz vor Feierabend kommt Herr Lenz gewöhnlich noch mit einer dringenden Arbeit angerannt, die an dem gleichen Abend noch fertig sein muss. Diese eilige Arbeit kann man aber öfters einige Tage später noch in der Rude stehen sehen. Neu anfangende Kollegen sucht der Meister durch unverschämte Schikanen einzuschüchtern, damit sie nicht den ihnen zustehenden Lohn verlangen. Fortwährend werden zureisende Kollegen eingestellt, die selben bleiben aber nicht länger wie 8 bis 14 Tage. Herr Lenz scheint ein regelmäßiges Abonnement beim Freiburger städtischen Arbeitsnachweis zu haben. In Anbetracht dieser Verhältnisse wäre es am besten, wenn die Kollegen den Betrieb meiden und Herrn Lenz seine Arbeit selbst fertigstellen lassen.

Ostak. In einer Korrespondenz in Nr. 7 sind unter anderem auch die Verhältnisse bei der Firma Löwen u. Schübler einer Besprechung unterzogen worden. Ganz geht uns von der Firma ein längeres Schreiben zu, in welchem sie unter Drohungen den Widerruf der Veröffentlichung und die Namhaftmachung unseres Gewährsmannes verlangt. Wir würden von den tatsächlichen Angaben der Firma an dieser Stelle Abzug nehmen, wenn sie nicht versucht hätte, ihre Absicht durch Drohungen zu erreichen. Diese machen uns das Eingehen auf ihren Brief unmöglich.

Hamburg. (Modelltischler.) In der am 12. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung erstatte der Sektionsführer Bannwald den Jahresbericht. Danach stand fast das ganze verflossene Jahr noch unter dem Zeichen der Krise. Wir mussten deshalb hauptsächlich darauf bedacht sein, die uns zugemuteten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Speziell bei der Firma Blohm u. Voss kam es des öfteren zu Streiken, die mit Maßregelung endeten. Auch auf den anderen Werften, die fast alle mit verkürzter Arbeitszeit (8-8 Stunden pro Tag) arbeiteten, versuchte man dasselbe, doch waren die Kollegen hier in der Lage, ihren Lohn zu behaupten. Im allgemeinen hat sich in den letzten Monaten des Jahres die Konjunktur etwas gehoben. In einigen Betrieben schied sogar eine hohe Hochkonjunktur ein. Es wurden und werden noch heute von den Kollegen

Nebenkunden verlangt. In dieser Beziehung zeichnet sich die Werkstatt von Meuk u. Hambrock besonders aus. Leider ist hier schlecht etwas zu unternehmen, weil die dort beschäftigten Hirsche und ihr Anhang nicht dafür zu haben sind, geregelte Zustände zu schaffen. Unter diesen Umständen wird auch außerem dort beschäftigten Kollegen das Arbeiten im Interesse unserer Sache sehr erschwert. Nicht nur die Werften und Maschinenbetriebe, sondern auch die Privatmeister geben uns des öfteren Veranlassung zum Eingreifen. Bei Meister Herr (in Firma Herr u. Müssel) kommt es nicht selten vor, daß ein Kollege gegen niedrigen Lohn in Arbeit tritt, die so eilige Arbeit fertigt macht, um dann eines Tages, ohne jede Aussprache oder Entlastigung die Papiere auf der Bank zu finden. Wahrschlich ein feines Gebaren! Dieser Firma reicht sich ebenbürtig der Meister de Jong an. Arbeitsgelegenheiten von 2 bis 4 Tagen sind dort keine Seltenheit, ganz abgesehen von der schönen Behandlung, die dieser Mann den Kollegen angedeihen läßt. Die Firma Modellfabrik Walter zahlt wohl einigermaßen anständige Löhne, verlangt hierfür aber auch erste Kräfte und kommt daher für die meisten Kollegen nicht in Frage, da sie sich schämen, dort in Arbeit zu treten mit der Voraussetzung, dem dort Verlangten nicht nachkommen zu können. Da infolgedessen Walter hier am Orte keine Leute bekommen kann, versucht er durch Insolvenz in auswärtigen Blättern, hauptsächlich in Mitteldeutschland, Arbeitskräfte nach hier zu ziehen. Wir aber warnen die Kollegen allerorts, hierauf hineinzufallen, denn sie würden dadurch nur um eine Enttäuschung reicher sein. Aber auch die dort beschäftigten Kollegen sollten es sich doch einmal überlegen, ob es denn notwendig und richtig ist, dem Walter die Arbeiten, die ja, weit zu surzen Lieferungsfristen angenommen, fast alle eilig sind, durch systematisches Überstundenschieben, fertigzustellen. — Nachdem noch Kollege Danner den Bericht der Ortskommission für Werften erstattet und zum Mitglied dieser Kommission wiedergewählt war, wurde die Versammlung geschlossen.

Witten (Stettin a. r.). Im Betrieb der Firma Schöne, Rheinisches Karosseriewerk, herrschen noch arge Missstände. In der Stellmacherei arbeiten stets 15 bis 20 Männer. In denselben Raum befinden sich auch die Holzbearbeitungsmaschinen. Nun ist der Unternehmer schon öfters darum angegangen worden, für Entstaubungsanlagen zu sorgen; doch sofern reicht das Wohlwollensgefühl bei dem Herrn nicht, diesem berechtigten Verlangen nachzukommen. Zur weiteren Verschlechterung der Luft tragt noch ein Ofen bei, welcher fortwährend qualmt; außerdem wird die Werkstatt in der Woche nur einmal gereinigt. Über auch in anderer Beziehung ist dieser Betrieb durchaus nicht empfehlenswert. Die Firma sucht ständig erschlagene Kastenmäger und hauptsächlich nur ältere Leute, doch ist es denen fast unmöglich, mit dem Werkführer auszukommen. Neuerlich wird herungenürgelt und bei allen wird die Arbeit zu leiser, mit Ausnahme von zwei Mann, bei denen selbst die qualifizierten Arbeiter glaubt, der Werkführer einen Konkurrenten zu erblicken und sucht sich seiner baldigst wieder zu entledigen. Am neisten Eindruck glaubt er bei seinem Chef dadurch zu erreichen, daß er die Kollegen als Geber bezeichnet. Wir veröffentlichen diese Zeilen, um die auswärtigen Kollegen bei event. Annahme von Arbeit vor Enttäuschungen zu bewahren. Gleichzeitig sei auch den dort beschäftigten Kollegen empfohlen, durch mehr manhaftes Auftreten im Betriebe für bessere Verhältnisse zu sorgen; dieses wird allerdings nur durch den Anschluß sämtlicher Kollegen an den Deutschen Holzarbeiterverband möglich sein.

Lauban. In der Tischlerei von Joh. Vogt in Wertheimort bei Lauban i. Saal. sind 7 Gesellen und 7 Lehrlinge beschäftigt. Ein erst kürzlich vom Militär zur Gefechter unter Mensch, welcher bei Vogt auch gelernt hat, gilt als dessen rechte Hand. Dieser junge Mann ist zurzeit Büchneider, schimpft sich Werkführer und hat sich das Schnäppchen so angewöhnt, daß er es nicht gut lassen kann. Manchmal haben es ihm die Verbandskollegen angelan. Die Zustände, die dort herrschen, lassen viel zu wünschen übrig. Herr Vogt selbst scheint sehr cholischer veranlagt zu sein, er kommt öfters in einen Zustand, den man Naserei heißen könnte. Da fliegen die liebenswürdigsten Namen bloß so rum und Kollegen, die halbwegs beschlagen sind, haben schon nach ein paar Tagen genug. Der Lohn beträgt 30 Pfennige die Stunde, und da müssen die Kollegen auch noch mitunter Sonnabends bis 8 Uhr warten, bis Herr Vogt die paar Groschen zusammengerechnet hat. Auf Wohnung auswärts wird 50 Pf. Zusatztag genähert, was wohl bei dem solidesten Menschen zu wenig sein dürfte. Die wenigen Verbandsmitglieder, die in diese Wude geraten, sind ständig Misere. Es wäre gut, wenn einmal ein klamm lüchiger Kollege dorthin käme, damit Herr Vogt lernen lernte, daß er nicht umsonst auf den Verbundimpfen kann. Über meist bleiben seine von ihm gegebenen Leute dort, mit denen er umspringen kann, wie er will. Diese Leute sind jedoch für die Idee der Organisation nicht zugänglich.

Lauf. Die in der Bleistiftsfabrik Schröder kürzlich ausgetragenen, inzwischen aber wieder beigelegten Differenzen haben gezeigt, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Die Kollegen mögen deshalb untermäßigt agitieren, damit in abziehbarer Zeit in dieser Fabrik bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen können. Notwendig ist es, aber auch die Versammlung regelmäßig zu besuchen, dann werden wir vorwärts kommen.

Lübeck. In Nr. 7 der "Holzarbeiter-Zeitung" hat die Polizeiverwaltung verschiedene an sie gerichtete Anfragen gegen der Möbelfabrik von Büchner in Lüdersdorf beantwortet und dabei erwähnt, daß in Lüdersdorf Wohnungen für Verheiraten zurzeit gar nicht und für Ledige nur sehr wenige zu haben sind. Herr Büchner ersucht uns nun, Anfragen für Unverheiratete nur wenige zu haben sind, da es wohl selbstverständlich Auffgabe der Firma ist, für solche Sorge zu tragen. Auch haben verheiratete Kollegen gegenwohl Wohnungen am Ort gefunden. Herr Büchner bestreitet ferner, daß es nur infolge der schlechten Erfahrungen, die er mit Lübecker Kollegen gemacht hat, versucht, aus

anderen Gauen Arbeiter heranzuziehen. Die dort arbeitenden Kollegen erzielen bei östländiger Arbeitszeit einen guten Verdienst, der wohl in Mecklenburg selten zu finden ist. Der Betrieb ist technisch mit dem neuesten Komfort eingerichtet und deshalb der Großstadt entsprechend.

Martinroda in Thür. Am hiesigen Bezirk sind über 100 Holzarbeiter beschäftigt, aber nur 17 Kollegen gehören unserem Verbande an. Die Kollegen der Kettenstofffabrik von Louis Kühn führen sich, entlassen zu werden, wenn der Unternehmer erfährt, daß sie im Holzarbeiterverband organisiert sind. Gerade in dem Althüschen Betriebe herrschen sehr traurige Verhältnisse; so erhalten zum Beispiel die Maschinenarbeiter 20 bis 27 Pf. Stundenlohn. Kühn hat im Laufe der Jahre ein Kapital aus den Arbeiterknochen herausgewirtschaftet. In den siebziger Jahren fing er klein an; ein jeder, der arbeiten wollte, mußte Hobelbank und Werkzeug mitbringen, sonst konnte er nichts verdienen. Jetzt hat Herr Kühn ein jährliches Einkommen aus seinem Betriebe von 8000 bis 8000 Pf., dazu zwei große Mietshäuser und ein Wohnhaus für sich. Die Tischler bekommen bei Kühn für eine Werkstelle 60 bis 80 Pf. und verdienen bei harter Schrupparbeit 15, 16, 17 Pf., einzelne auch 20 Pf. pro Woche. Auch müssen die Kollegen im Winter das Licht stellen, wenn sie arbeiten wollen, also wahrhaftig zerfahrene Zustände. Bedauerlich ist, daß von den Kollegen der Althüschen Fabrik keiner dem Verbande angehört. Vor einigen Jahren waren sämtliche Kollegen dieser Fabrik organisiert, nachdem jedoch 1908 ein Streik zu ungünstigen der Kollegen ausfiel, waren sie die Klinte ins Horn. Ahnliche Verhältnisse existieren auch in dem Betriebe der Firma Just u. Co., Holzlofferfabrik in Gera bei Martinroda. Schon von außen gleicht die Fabrik einem Gefängnis. Vor 1½ Jahren hatten sich auch sämtliche Kollegen, bis auf fünf alte, dem Verbande angeschlossen, um auch in diesem Betriebe Bemedur zu schaffen. Als nun Just davon erfuhr, ließ er jeden einzeln ins Kontor kommen und einen Bettel unterschreiben, wonach sich die Arbeiter verpflichteten, keine sozialdemokratischen Versammlungen zu besuchen und keinem sozialdemokratischen Verbande anzugehören. Aus Furcht haben alle bis auf zwei Kollegen unterschrieben. Dabei hat der Betrieb, als er noch in Leipzig war, stets den Tarif bezahlt und keine Differenzen gehabt. Leidlich um billigere Arbeiter zu haben, wurde die Fabrik nach Thüringen verlegt. Wenn die Kollegen der Fabrik ebenso zusammenhielten wie die Leipziger Arbeiter, würde auch hier der Verband anerkannt werden müssen und es beständen bessere Verhältnisse. Mögen deshalb alle Kollegen unsere Versammlungen regelmäßig besuchen.

Quadenbrück. In der Fürtseefabrik Schade u. Co. sind die Arbeitsverhältnisse der Einziger, Pecker und Bohrer in letzter Zeit uninhaltbare geworden. Während früher in diesem Betriebe nur tadellose Ware hergestellt wurde, ist die Qualität im Laufe der Jahre immer schlechter geworden. Um recht niedrige Akkordpreise halten zu können, duldet und begünstigte die Firma einige weniger gewissenhafte, dafür aber um so mehr liefernde Akkordarbeiter und zwang dadurch auch die übrigen Arbeiter zu "flügen", wie man hier sagt. Nachdem sich aber nun mit der Zeit die Beschwerden der Kundenschaft über schlechte Lieferungen häufen, werden die Arbeiter dafür verantwortlich gemacht, anstatt mit dem eingesessenen System der Firma zu brechen. Darüber heult große Erregung bei den Kollegen. Anstatt aber das Leben beim richtigen Ende anzufassen, schiebt einer die Schuld auf den anderen. Heute soll es der Bohrer sein und morgen der Mischer und so fort. Fest steht allerdings, daß die Bohrer bzw. Pecker in den meisten Fällen ein naßtes Holz verarbeiten müssen und die zu bearbeitenden Vorlagen zu frisch sind, d. h. keine Lagerung durchgemacht haben. Das Vorstellungsverdienst einer Kommission bei der Fabrikleitung hat bisher einen nennenswerten Erfolg auch nicht gezeitigt. Es wird auch heute noch weiter gewurstelt wie bisher. Die einzelnen Kollegen sollten nun auf jeden Fall es unterlassen, sich im Kontor wegen der Arbeitsleistung gegenseitig anzuhauen. Mögen sie sich vielmehr alle an den Versammlungen beteiligen, um so gemeinsam die Firma zu veranlassen, eine gute Ware durch ausreichende Akkordpreise und geeignete Fabrikseinrichtungen zu erzielen. Das liegt sowohl im Interesse der Arbeiter wie der Firma.

Schweningen. Wie bereits in letzter Nummer berichtet, ist der Geschäftsführer der hiesigen Zahlstelle wegen Vergehen gegen § 158 der Gewerbeordnung anlässlich des Streiks bei Gebr. Lauffer zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, aber vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Die Haftentlassung des Streikenders gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Demonstration der hiesigen Arbeiterschaft gegen die Firma Lauffer. 800 Personen erwarteten den Kollegen Schönenberger. Hierauf ging es in geschlossenem Zug durch die Stadt, an der Möbelfabrik Lauffer vorbei. Die Masse, welche den erlaubt an die Fenster ellenden Fabrikanten gewidmet wurden, klangen nicht wie Ovationen, brachten aber um so deutlicher zum Ausdruck, wie die Arbeiterschaft über das Urteil denkt. Die Firma gedachte wohl den Streik abzuwürgen, indem sie den Leiter desselben unter lächerlichen Vorwänden in Haft nehmen ließ. Doch weder die Streikenden noch die lokale Arbeiterschaft ließ sich einschüchtern. Wenn etwas geeignet ist, die hiesigen Holzarbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit zurückzutun, so ist es dieser Streik, der mit ausnahmeweise schweren Opfern durchgeführt wurde.

Stettin. (Witten im n. m. a. r.) Der im vorigen Jahre mit gutem Erfolg geführte Streik in der Norddeutschen Bürsten-Industrie, Inhaber Goldbach u. Co. scheint dem Inhaber der Firma schwer in den Gliedern zu liegen. Schon früher hatte sich Herr Goldbach an den Verbänden den Magen verdorben. "Verbändler: Papierkorb". Mit diesem Herzengesetz war ein Justrat im Jahre 1908 in einer Fachschrift gezeigt, durch welches Bürstenmacher in die "Norddeutsche Bürsten-Industrie" gelockt werden sollten. Trotzdem hat es Herr Goldbach nicht verhindern können, daß Verbändler in seinen Betrieb eingezogen sind. Aber nach dem Streik im vorigen Jahre ist ein neuer Meister für 26 Pf. Wochenlohn eingezogen, mit dessen Hilfe es sicher gelingen wird, den Betrieb von den verbündeten Verbänden zu säubern. So hofft Herr Goldbach wenigstens. Dieser Meister, dessen Name unter den Bür-

stenmachern einen "guten Klang" haben soll — er heißt Hall —, kam von Strelitz als Streitbrecher hierher. Als er zwei Tage dieses noble Geschäft betrieben hatte, erklärte er und, daß er in Herrn Goldbach den größten Schwundes der Welt kennen gelernt habe und bereit sei, dem Betriebe und Stettin den Rücken zu scheren, nur mangels es ihm gab und dafür sein Ehrenwort, solange der Streit dauere, später — der Streit war noch nicht beendet — wurde uns dieser Ehrenmann bei den Verhandlungen als der "neue Herr" von Herrn Goldbach vorgestellt. Wir haben uns damals um die Person wenig gekümmert, zumal er sich in der ersten Zeit ganz korrekt benahm. Aber mit der Zeit hat er sich immer mehr als ein grimmiger Feind des Deutschen Holzarbeiterverbandes entpuppt. Zunächst betrieb er seine Gegengeschäfte bei den Arbeitern; leider mit teilweise Erfolg. Dann versuchte er sein Heil bei den männlichen Arbeitern. Doch hat es ihm hier schon manchen Schweißtropfen gelöst, ohne auch nur einen Erfolg erzielt zu haben. Wenn es ihm auch gelungen ist, den berührten Vertrauensmann aus dem Betriebe zu entfernen, so ist damit doch weiter nichts erreicht worden, als daß Herr Goldbach seinen besten Arbeiter losgeworden ist. Die übrigen Kollegen haben sich dadurch nicht abschrecken lassen und werden sich auch in Zukunft durch demagogische Maßnahmen und Kniffe eines Hall nicht beeinflussen lassen. Die Organisation ist Herrn Goldbach bisher noch nicht zu nahe getreten. Nur daß wir für geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse in seinem Betriebe gesorgt haben, hat seinen Sinn herausgeschworen. Das ganze Wütten gegen die Organisation kann nur den Zweck haben, sich von dem Vertragsverhältnis zu befreien und die Löhne zu fürzen. Deshalb Kollegen seit auf Eurer Gut. Herr Goldbach und sein Meister sind fortwährend bemüht, Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen. Es kann den auswärtigen Kollegen und Kolleginnen, wenn sie sich vor Schaden bewahren wollen, nur geraten werden, sich, bevor sie nach Stettin kommen, bei der Ortsverwaltung über die Verhältnisse am Orte zu erkundigen. Das Arbeitsverhältnis in der "Norddeutschen Bürsten-Industrie" ist ein durchaus unsicheres. Bei der geringsten Differenz erfolgt die Entlassung, und der betreffende Arbeiter ist gezwungen, den Ort wieder zu verlassen. Auch wird der Verdienst, der an sich schon nicht hoch ist, noch herabgezögert dadurch, daß die Arbeiter gezwungen sind, schlechtes und unbrauchbares Material zu bearbeiten und auch fortwährende Betriebsstörungen haben. Herr Goldbach ist nämlich, soweit die Dampfkraft in Frage kommt, die er für seinen Betrieb braucht, von einem anderen Unternehmer abhängig. Alle Kostenlang versagt diese Kraft und die Arbeiter sind gezwungen, Stunden- und tagelang auf ihre eigene Kosten zu feiern. Deshalb raten wir den auswärtigen Kollegen, nicht aufs Geratewohl nach hier zu kommen.

Nelzen. Im benachbarten Weissenfelsen befinden sich die Kollegen der Gangloffsfabrik von B. Ehlers mit dem Werkführer Kolripp in Zwistigkeiten wegen Zugehörigkeit zur Organisation. Dieser Herr verlangte vom Firmeninhaber, die Kollegen, welche schon längere Zeit dem Holzarbeiterverband angehören, zu entlassen, um andere einzustellen, denen er mehr bieten zu können glaubte. So hatte er sich 8 Kollegen geangelt, die jedoch wieder abreisten, nachdem sie über die Sachlage aufgeklärt worden waren. Wir bitten die Kollegen, auf ein Angebot dieses Herrn nicht hereinzufallen und den Betrieb zu meiden.

Waldbheim. In der am 22. Februar abgehaltenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung referierte Kollege Wusslich aus Nabernau über die Auskündigungen im deutschen Holzgewerbe. Der Referent ermahnte die Kollegen am Schlusse seines Vortrages, intensiv zu arbeiten, bis auch der letzte Mann unseres kleinen aufgeführt ist. Allsdann forderte noch der Vorsitzende, Kollege Lippmann, auf, treu zum Verband zu halten und unermüdlich für denselben zu agitieren.

Zittau. Die Holzarbeiter Zittaus beschäftigen sich am 21. Februar in einer sehr stark besuchten Versammlung mit der Vertragserneuerung. Der Bevollmächtigte, Kollege Strobel, erstattete zunächst Bericht über die zentralen Verhandlungen in Berlin, welche durch das Scheitern der örtlichen Verhandlungen notwendig geworden waren. Er führte aus, daß der neue Vertrag mit Ausnahme der Lohnfrage fertiggestellt sei, daß es aber selbst den Bemühungen der beiderseitigen Centralvorstände nicht gelingen konnte, die Parteien in dieser Frage zu einigen. Sämtliche Redner verurteilten in der sehr lebhaften Debatte die Verschleierungstat der Unternehmer. Die Verhandlungskommission wurde in einer einstimmig angenommenen Resolution beauftragt, unter Aufsichtserhaltung der Lohnforderung auf einen baldigen Abschluß des neuen Vertrages hinzuarbeiten. Durch willkürliche Festschreibung der Akkordpreise haben es die hiesigen Arbeitgeber verstanden, die Löhne so zu drücken, daß circa drei Viertel der Kollegen noch nicht den vertraglichen Normallohn erhalten. Diese Kollegen erhielten den Auftrag, bei ihren Arbeitgebern auf Einhaltung des bestehenden Vertrages zu drängen. Ein Schreiben der Arbeitgeber ließ sich einschüchtern. Wenn etwas geeignet ist, die hiesigen Holzarbeiter aus ihrer Gleichgültigkeit zurückzutun, so ist es dieser Streik, der mit ausnahmeweise schweren Opfern durchgeführt wurde.

Sterbetafel.
Ernst George, Instrumentenmacher, geb. 9. Mai 1851 zu Neustadt, gest. 20. Januar 1910 zu Leipzig.
Friedrich Wild, geb. 26. September 1891 zu Stuttgart, gest. 16. Januar 1910 ebenda.
Albert Danner, geb. 29. Juni 1882 zu Böll a. d. Sulz, gest. 25. Januar 1910 zu Stuttgart.
Albert Walter, Tischler, geb. 9. Oktober 1850 zu Schwerin, gest. 11. Januar 1910 zu Freiburg im Schlesien.
Andreas Rapp, geb. 15. August 1871 zu Mariazell, gest. 18. Januar 1910 zu Schorndorf.
Adolf Pauliwick, Stellmacher, geb. 27. Juli 1886 zu Breslau, gest. Januar 1910 zu Brandenburg.
Ernst Paul Schmidt, geb. 28. Februar 1880 zu Naischau, gest. 18. Januar 1910 ebenda.

Wilhelm Hagen, Tischler, geb. 30. Mai 1858 zu Maila, gest. 13. Januar 1910 zu Nürnberg.
Arnold Nowotny, Polierer, geb. 12. Januar 1881 zu Neuwallitz, gest. 27. Januar 1910 zu Waldheim.
Robert Günther, geb. 8. Oktober 1869 zu Grölli, gest. 8. Februar 1910 zu Schmölz.
Paul Jungmann, geb. 30. August 1878, gest. 8. Februar 1910 zu Untschen.
Friedrich Ege, Maschinenarbeiter, geb. 20. April 1861 zu Wietheim, gest. 29. Januar 1910 zu Stuttgart.

Karl Hesse, geb. 7. Juli 1889 zu Langenbielau, gest. 10. Januar 1910 ebenda.

Max Petro, Tischler, geb. 31. Januar 1874 zu Dorf (N.-L.), gest. 12. Januar 1910 zu Frankfurt a. O.
Hans Went, Tischler, geb. 14. März 1862 zu Stoup, gest. 27. Januar 1910 zu Mühlhausen.

Lois Schlaeter, Tischler, geb. 20. September 1875 zu Münzen, Polierer, geb. 10. April 1871 zu Bühlern, gest. 8. Februar 1910 ebenda.

Robert Schöttle, geb. 8. September 1861 zu Meckingen, gest. 9. Februar 1910 zu Stuttgart.

Johann Knorr, geb. 25. November 1876 zu Brondorf, gest. 8. Januar 1910 zu Fürth.

Johann Sommer, geb. 20. Juli 1872 zu Detten-dorf, gest. 5. Februar 1910 zu Bühl.

Leonhard Schmerler, geb. 15. Oktober 1876 zu Fürth, gest. 14. Februar 1910 ebenda.

Heinrich Müller, Schreiner, geb. 7. Juli 1869 zu Kassel, gest. 18. Januar 1910 zu Neu-Isenburg.

Richard Dohlschlägel, Tischler, geb. 17. August 1864 zu Edartsberge, gest. 12. Februar 1910 zu Gericke-walde.

Peter Böhnecker, Schreiner, geb. 18. Oktober 1887 zu Gundelsheim, gest. im Februar 1910 zu Erlangen.

Karl Meding, Polierer, geb. 19. Oktober 1888 zu Sachendorf, gest. 25. Februar 1910 zu Hausdorf bei Goldbach.

Max Berndt, geb. 1. Februar 1889 zu Jesau, gest. am 6. Februar 1910 zu Kamenz.

Hermann Holberg, Fräser, geb. 30. August 1876 zu Fürstenfeld, gest. Anfang Februar 1910 zu Neu-damm.

Emil Schmid, geb. 3. März 1891 zu Langenberg, gest. 8. Februar 1910 ebenda.

Wilhelm Roth, Fräser, geb. 10. November 1859, gest. 11. Februar 1910 zu Büffenhäusen.

Bauer nach, Schreiner, geb. 27. September 1858 zu Stoburg, gest. 25. Januar 1910 zu Nürnberg.

Wilhelm Hagen, Tischler, geb. 30. Mai 1858 zu Maila, gest. 11. Januar 1910 zu Nürnberg.

Heinrich Nenner, Pinselmacher, geb. 19. Dezember 1858 zu Bullach, gest. im Januar 1910 zu Nürnberg.

Johann Giehlein, Tischler, geb. 28. April 1860 zu Lichtenfels, gest. 17. Februar 1910 zu Nürnberg.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

In Lichtenfels ist der Streik in der Möbelfabrik von Schmidt Differenzen auszubrechen. Die Firma hat schon seit langerer Zeit den Versuch gemacht, die Löhne immer um eine Kleinigkeit zu senken. Diese Versuche sind so oft erfolgt, daß nunmehr Front dagegen gemacht werden muß. Eine Verhandlung hatte noch keinen Erfolg, so daß die Kündigung eingereicht werden mußte. Deswegen ersuchen wir die Kollegen, die Werkstätte zunächst zu meiden und erst bei der Lokalverwaltung um Auskunft zu fragen.

In Lichtenfels ist nach 25jährigem schweren Kampf der Friede in der Holzindustrie wieder hergestellt. Verhandlungen, die vor dem Gewerbegericht stattfanden, führten zu nachfolgender Vereinbarung: Die bisher 57stündige wöchentliche Arbeitszeit wird sofort um eine Stunde verkürzt; eine weitere Verkürzung um eine Stunde tritt am 1. Oktober d. J. ein; das gleiche findet am 1. Oktober 1912 statt. Die Affordpreise der Tischler und Drechsler werden sofort um 3 Proz. und am 1. Oktober dieses Jahres um weitere 2 Proz. die der Polierer sofort und übermals am 1. Oktober um je 3 Proz. erhöht. Die Stundenlöhne der Maschinen- und sonstigen ungelernten Arbeiter werden sofort um 2 Pf. erhöht. Am 1. Oktober dieses Jahres erfolgt ein Zusatz von 1 Pf. pro Stunde. Ferner findet bei jeder Arbeitszeitverkürzung ein Lohnausgleich statt. — Nachdem die Streitenden mit 137 von 141 abgegebenen Stimmen diesen Vereinbarungen zustimmt ist am Montag die Arbeit aufgenommen worden. Über schon am nächsten Tage brachen erneut Differenzen aus. Die Arbeitgeber verlangten die Einführung der Vesperpause; da dieselbe bisher nicht bestand, wurde dies von unseren Kollegen abgelehnt. Zur Beilegung dieses Sitzpunktes ist das Gewerbegericht angerufen worden, welches am 2. März den Schiedsspruch fällen wird. Da noch an 80 Streitenden am Ort ohne Arbeit sind, so ist der Zugang nach Lichtenfels unbedingt fernzuhalten.

In Eschwege ist der Streik in der Möbelfabrik Gebr. Lauffer nun nach 20 Wochen Dauer beendet. Es wurde ein Tarifvertrag zur Anerkennung gebracht, der soziologisch alles enthält, was gefordert war. Nur die Garantie des Tagelohnes bei Afford bleibt auf die Fertigung neuer Muster beschränkt. Der Mindestlohn für Arbeiter über 21 Jahre ist 40 Pf., die einschränkende Klausel, wonach von "eingearbeiteten" Leuten die Rede war und welche vom Vertreter des Holzindustrieverbandes in allen Verhandlungen als Stempelversetzung gerüttelt wurde, ist zu Fall gebracht. Erreicht wurde eine Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde und 5 Proz. auf die Afford sofort, 1 Pf. bezw. 2 Proz. ab 15. Februar 1911. Erstere Lohnhöhung kommt allerdings nur noch für sieben Kollegen in Betracht. Für die Streitbrecher bemühten wir uns nicht, diese haben entsprechend ihren Leistungen trotzdem noch hohe Löhne. Die meisten werden allerdings ohnedies bald ihre Pantinen auslösen. Wegen angeblicher Belästigung und Bedrohung dieser Gentlemen wurden 12 hiesige Arbeiter, darunter nur 5 Strei-

kende, zu insgesamt über 8 Monaten Gefängnis und 186 Pf. Geldstrafe verurteilt, worüber in vorheriger Nummer unter dem Titel "Sächsisches aus Württemberg" ausführlicher berichtet ist.

Musiknab.

Zu Horgen sind der firma W.G. Möbelfabrik bis jetzt alle Versuche, fremde Streitbrecher einzuführen, mißglückt. Neuerdings macht die Direktion wieder die größten Anstrengungen, solche um jeden Preis anzubieten. Wir erinnern daher unsere Kollegen in Deutschland, uns auch fernherhin zu unterstützen, damit auch die neuen Versuche an der Wachsamkeit und Solidarität der organisierten Arbeiterschaft schettern. Die Möbelfabrik W.G. Horgen-Glarus ist für sämtliche Holzarbeiter gesperrt.

In Bühl (Schweiz) ist am 28. Februar bei der Firma Rohrdorf u. Co. Möbelfabrik ein Streik sämtlicher Arbeiter ausgebrochen. 28 Kollegen legten die Arbeit nieder, weil Herr Rohrdorf nach 1½ Jahren die Affordarbeit wieder einführen wollte. Er stellte den Arbeitern das Ultimatum, entweder im Afford zu arbeiten oder die Fabrik zu verlassen. Die Arbeiter zogen das letztere vor, weil absolut kein Grund zur Wiedereinführung der Affordarbeit vorlag. Die Werkstätte ist deshalb für sämtliche in der Klavierbranche beschäftigten Arbeiter gesperrt. Bei eventuellen austauschenden Füseraten sollte man sofort Gegenseiter erlassen.

In Schwaz in Tirol sind ernste Differenzen ausgetreten. Da die Unternehmer wahrscheinlich versuchen werden, Arbeitskräfte von Deutschland heranzuziehen, so werden die deutschen Kollegen gebeten, darauf Obacht zu geben und Zugang nach dort streng fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Die Potsdamer Tischlermeister Zwangsmitglieder des Arbeitgeberverbundes.

Belästigt hat der preußische Handelsminister Schröder in der Weltfremde, welche diesen Bureaucraten auszeichnet, die Entdeckung gemacht, daß die Arbeitgeberverbände keine Kampfsorganisationen sind. Dementsprechend hat er in dem belästigten Erlass vom 27. Oktober 1909 den Innungen, denen der § 81^a der Gewerbeordnung die Förderung eines geheimlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen zur Pflicht macht, gestattet, den Arbeitgeberverbänden beizutreten. Wie die "Fachzeitung" berichtet, hat nunmehr die Tischlerzwangsinnung zu Potsdam von dieser Befugnis Gebrauch gemacht, indem sie in ihrer kürzlich abgehaltenen Innungsversammlung beschlossen hat, sich corporativ dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe anzuschließen.

Dieser Beschluß läßt so recht den Widersinn des Schröders erkennen. Niemand, der die Verhältnisse wirklich kennt, wird dem Arbeitgeberverbund für das deutsche Holzgewerbe die Eigenschaft als Kampfsorganisation absprechen wollen. Am energischsten dürfte wohl der Schuhverband selbst protestieren, wenn man behaupten wollte, daß es nicht in seiner Absicht liegt, die Bestrebungen der Arbeiter zu bekämpfen. Ist doch der Hinweis auf diesen seinen Zweck sein wichtigstes Agitationsmittel. Besonders deutlich tritt der Kampfcharakter des Arbeitgeberverbundes in der gegenwärtigen Tarifbewegung in Erscheinung. Die Tatsache, daß zurzeit Verhandlungen schwelen und daß die Leitung des Schuhverbandes eine friedliche Lösung anstrebt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine starke Strömung im Schuhverband vorhanden war und auch wohl noch vorhanden ist, die den Kampf herbeiwünscht, um die Arbeiterorganisation zu vernichten oder wenigstens zu schwächen. Und auch die augenblidliche Friedensliebe des Schuhverbandsvorstandes kann niemanden täuschen. Man weiß, daß dort der Knüppel beim Hund liegt, und daß auch die Leitung des Arbeitgeberverbundes ganz andere Töne anschlagen würde, wenn sie so könnte, wie sie gern möchte.

Und dieser Kampfsorganisation dürfen jetzt die Innungen beitreten. Die Begünstigung der Arbeitgeberverbände wäre schon stark genug, wenn diese Vereinigung auf die freien Innungen beschränkt bliebe. Die Mitglieder dieser Korporationen können, wenn ihnen die Zugehörigkeit zum Kampfverein nicht paßt, ihren Austritt erklären. Anders aber ist es bei den Zwangsinnungen. Diesen muß jeder Meister in dem betreffenden Gebiet angehören. Gleichviel, ob ihm die zwecklose Geldbergung, die vielfach in den Innungen getrieben wird, angenommen ist oder nicht, muß er seine Beiträge leisten. Und es gibt auch in gar manchen Tischlerzwangsinnungen Mitglieder, welche die Beitragsleistung als einen widerwärtigen Zwang empfinden. Jetzt werden diese unfreiwilligen Mitglieder auch noch gezwungen, Beiträge an den Schuhverband abzuführen und auch wohl gar noch auf Befehl des Schuhverbandes ihre Arbeiter auszusperren oder sonstige Maßnahmen zu treiben, die vom Schuhverband angeordnet werden, obwohl es ihren Wünschen und Interessen entspricht, sich in freundschaftlicher Weise mit ihren Arbeitern über etwaige Differenzen zu verständigen.

Diese offenkundige Begünstigung der Kampfsorganisationen der Unternehmer durch die Regierung muß den schärfsten Protest hervorrufen. Um so mehr, wenn man die Schwierigkeiten betrachtet, welche die Behörden der Agitation der Gewerkschaften bereiten. Wiederholt ist es schon vorgekommen, daß Arbeiter wegen Gruppierung verurteilt wurden, weil sie Aufenseiter, die von den durch die Gewerkschaft herbeigeführten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen profitierten, veranlaßt, auch ihrer Organisation beizutreten. Bei solchen Unlässen hält die ganze bürgerliche Presse wider von dem Geschrei über sozialdemokratischen Terrorismus, über Organisations-

Zwang und wie sonst die schönen Ausdrücke alle lauten, mit denen man die Agitation der Gewerkschaften zu discreditieren sucht. Demgegenüber sind die Unternehmer die unschuldigsten Männer. Sie beschließen einfach, daß die Gewerkschaftsmitglieder dem Arbeitgeberverbund beizutreten haben, und die Betroffenen haben sich zu sagen. Das ist kein Terrorismus, das ist kein Zwang, beileibe nicht. Der Minister hat ja solche Maßnahmen ausdrücklich gestattet.

Wenn das Beispiel der Potsdamer Tischlerzwangswandlung Nachahmung findet, dann wird sich der Schrödersche Erlass zu einem Gegenstück zum § 163 der Gewerbeordnung ausbilden, der bekanntlich ebenfalls nur gewisse Handlungen unter Strafe stellt, wenn sie von Arbeitern begangen werden, während die gleichen Handlungen in der Regel straflos bleiben, wenn der Täter ein Unternehmer ist. Das ist preußisch-deutsche Geschicklichkeit! In der Theorie der Verfassung heißt es zwar, daß alle Preußen vor dem Gesetz gleich sind; in der Praxis der Verwaltung und der Justiz aber gilt der preußische Ministergrundsatz: "Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht dasselbe."

Christian Stahl f. Am 22. Februar starb nach langer schwerer Krankheit in Stuttgart unser alter Kollege Ch. Stahl. Stahl gehörte zu der kleinen Zahl unserer alten Veteranen, die seit Gründung der Tischlerfachverband eine ununterbrochen der Organisation treu geblieben sind. Als im Jahre 1880 der Stuttgarter Fachverein der Schreiner ins Leben gerufen wurde, gehörte Christian Stahl zu den Gründern. Drei Jahre später blieb er bei der großen Ausweitung der Stuttgarter Möbelfabrikanten mit unsern verstorbenen Kollegen Karl Kloß und August Bohne als gezeugt auf der Stelle. Vom Jahre 1884 bis 1890 war er Vorsitzender des Stuttgarter Fachvereins der Schreiner und nachher war er noch eine Reihe von Jahren in der Lokalverwaltung tätig. Sein ganzes Leben lang war Stahl ein zuverlässiger Freund und Mitlämpfer unseres unbekleideten Kollegen Kloß und hat insbesondere auch während den schwierigen Zeiten des Sozialstengesetzes mit in den vordersten Reihen der Partei gestanden. In den letzten Jahren seines Lebens bekleidete Stahl in dem Kunstgewerblichen Atelier von Wölfi in Stuttgart die Stelle eines Werkführers. War es ihm auch in dieser Stellung nicht mehr möglich, in den ersten Reihen mitzukämpfen, so brachte er doch unsern Verband, dessen Mitglied er bis zuletzt geblieben, stets ein lebhaftes Interesse entgegen. Die Dienste, die Christian Stahl in schwerer Zeit der Arbeiterbewegung und insbesondere unserer Organisation geleistet, sichern ihm ein ehrendes Andenken.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Nach den Berichten des "Gleicharbeitsblattes" war im Monat Januar die Geschäftslage in der Holzindustrie verschiedenartig. Nach einem Berliner Bericht war die Bauwirtschaft mit der Geschäftslage zufrieden. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahres konnte eine erhebliche Verbesserung festgestellt werden. Die Sägewerke haben nach einem Bericht aus Pommern gut zu tun, vielleicht noch etwas besser als im Vorjahr. Eine Verbesserung der Holzindustrie war die Beschäftigung im Monat Januar durchweg recht gut, dagegen litt die Fabrikation nach einem Bericht aus Groß-Berlin unter der geringen Bauaktivität, so daß nicht alle Arbeiter voll beschäftigt werden konnten. Die Holzpfasterfabrikation war genügend beschäftigt. Auch der Berliner Möbelindustrie war im Berichtsmonat zufriedenstellend beschäftigt. Alle Berichte weisen gegen den Vorjahr eine Verbesserung nach. Die Automobilindustrie in Deutschland hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich verkürzt werden mußte. Die Automobilindustrie war im Berichtsmonat eine Verbesserung nach. Die Motorwarenindustrie hatte befriedigend zu tun. Naturgemäß mußte die Beschäftigung hinter dem Weihnachtsmonat zurückbleiben. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs war eine Verbesserung unverfehlbar. Im Eisenbau waagerecht ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vorjahr weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit nicht unerheblich

schlechte Geschäftsgang in der Holzindustrie unser Vorhaben vielfach gehemmt.

Im vergangenen August hatten wir einen Streik in Malines, gefolgt von einer Aussperrung, von der 2000 Arbeiter der Holzindustrie betroffen wurden. Die Forderung auf eine Lohnverhöhung war die Ursache des Kampfes. Nach Verlauf von 14 Tagen wurden die Forderungen der Arbeiter teilweise bewilligt; sie erhielten 2 Centimes Lohnverhöhung pro Stunde. Das Resultat hätte noch besser sein können, wenn die Arbeiter nicht in vier Organisationen versplittet gewesen wären.

Im September hatten wir noch einen Streik in Melle, einen weiteren in La Louviere, wo die Arbeiter 5 Centimes Lohnverhöhung forderten. Auch sie erzielten eine Lohnverhöhung von 2 Centimes pro Stunde nach vierzehntägigem Kampfe.

Augenblicklich ist die Lage in unserem Gewerbe sehr schlecht. Überall Arbeitsmangel, obwohl bald die Eröffnung der Internationalen Ausstellung in Brüssel stattfindet. Wir hoffen, daß bald ein Wechsel eintrete, und dann werden wir bemüht sein, unsere Reihen durch rege Agitation weiter zu stärken.

Gewerkschaftliches.

Die Situation im Baugewerbe. Die Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe fand am 24. und 25. Februar unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit in Straßburg statt. Allgemein wurde erwartet, daß hier die Worte für den allem Anschein nach unvermeidlichen Kampf ausgegeben würden. Wider Erwarten ist aber die Entscheidung verschoben worden. Die Leistung des Arbeitgeberbundes hält daran fest, daß bei der Erneuerung des am 31. März ablaufenden Tarifs eine tiefe Verflechterung durchgeführt werden sollen. Insbesondere handelt es sich hierbei um folgende Punkte: Der vereinbarte Stundenlohn soll nur an gelernte "fertige" Arbeiter gezahlt werden. Die Akkordarbeit soll die möglichste Ausdehnung erfahren. Jede Agitation an der Baustelle soll verboten sein, und schließlich sollen sich die Arbeiter zur Anerkennung der von den Unternehmern eingerichteten Arbeitsnachweise verpflichten.

Auf der Generalversammlung zeigte sich aber, daß unter den Unternehmern keineswegs Einigkeit herrschte. Der Vorstand hielt es deshalb für gerecht, die entscheidende Beschlusssatzung zu verschlieben. Es wurden wohl Stimmen laut, die eine sofortige Entscheidung verlangten, doch wurde schließlich dem Wunsche des Vorstandes entsprechend beschlossen, zunächst noch weitere Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen zu pflegen und in 4-5 Wochen eine weitere Generalversammlung in Dresden abzuhalten. Es läßt sich voraussehen, daß die neuerlichen Verhandlungen der Parteien die Lage nicht ändern werden. Die Arbeiter können in den erwähnten Punkten keine Konzessionen machen; und da die Unternehmer auf ihre Forderungen beharren, scheint der Ausbruch des Riesenkampfes trotz allen Geredes unauflieblich.

Der Verband der Gastwirtschaftshilfen hat im Laufe des Jahres 1909 eine bedeutende Steigerung seiner Mitgliederzahl erfahren. Sie stieg von 8796 am Schluss des Jahres 1908 auf 10511 am Jahresende 1909. Auch das Vermögen des Verbandes hat sich stark vermehrt, nämlich von 78215 Mf. zu Beginn auf 138507 Mf. am Schluss des Jahres 1909.

Der Verband der Maser hielt vom 20. bis 22. Februar eine außerordentliche Generalversammlung im Volksraum zu Dresden ab. Veranlaßt war diese Tagung durch die Einführung des Reichstarifvertrages. Dieser brachte bekanntlich eine Arbeitszeitverkürzung nur dort, wo die tägliche Arbeitsdauer zehn Stunden überschreitet, außerdem setzt der Reichstarif Mindestlohn nur vom zweiten Gesellenjahr ab fest und überläßt das erste Jahr der freien Vereinbarung. Gegen diese Bestimmung wandte sich besonders die Hamburger Zahlstelle, da dort seither ein Mindestlohn auch für diese jungen Leute bestand. Von dieser Seite wurden auch die Einheitslöhne des neuen Vertrages bekämpft und statt dessen Einheitslöhne gefordert. Außerdem hatte aber auch die Urabstimmung über die Annahme des Reichstarifes eine erhebliche Minderheit gegen die Annahme ergeben, so daß sich eine außerordentliche Generalversammlung notwendig machte. Die Stimmlung in den Mitgliederkreisen wurde noch verschärft durch das Vorgehen der Unternehmer, die mit der Einführung der tariflichen Verbesserungen noch vielfach im Rückstand sind. Die Filialen Hamburg und Harburg hatten nun von der Generalversammlung die Ungültigkeitsserklärung des vom Vorstand auf Grund der Urabstimmung bereits erkannten Reichstarifes verlangt. Harburg willtigt sogar, daß die Mitglieder des Hauptvorstandes ihre Stimme niederlegen sollten. Nach eingehender Diskussion wurden jedoch alle diese Anträge, sowie auch ein von Berlin beantragtes Tadesvotum für die Verhandlungskommission abgelehnt und der Reichstarif für gültig erklärt. Für die einheitliche Vertragsform erklärten sich insbesondere die Süddeutschen, während die Hamburger Vertreter forderten, daß jeder Ort seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse selbst regeln müsse. Der Verbandstag nahm schließlich eine Resolution an, die erklärt, daß die materiellen Verbesserungen des Vertrages nicht das bringen, was die Maserhelfer berechtigterweise fordern konnten, daß aber die Schuld an diesem Ergebnis an der ungünstigen Konjunktur und der noch großen Zahl Unorganisierter liege. Der Verbandsvorstand wurde schließlich ernannt, gegen alle Betriebe und Orte, wo die Durchführung des Vertrages unterbleibt, mit den schärfsten Mitteln vorzugehen.

Eingesandt.

Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher. Bei der in der Mitgliederversammlung vom 14. Februar erfolgten Wahl der Zentralkommission wurden die Kollegen K. Hubler, A. Kern, E. Bollauer, A. Sauer und A. Wirlenbach gewählt. Alle Zuschriften und Anfragen sind an den Unterzeichneten zu richten.

K. Hubler, Nürnberg, Kernstr. 24.

Zum Bericht der Zentralkommission der Bürsten- und Pinselmacher.

Im letzten Jahresbericht werden von dem Kollegen Hubler Ausführungen gemacht, die nicht mit Stillschweigen übergangen werden dürfen. So wird z. B. gesagt, die Zentralkommission sei eine Einrichtung, die nicht leben und nicht sterben könne; der Wirkungskreis derselben sei so eng, daß nichts geleistet werden könne usw., es wäre am besten, die Kommission würde aufgehoben. Sehen wir nun einmal, wie es in Wirklichkeit liegt. Es wird gesagt, die Zentralkommission werde von den Kollegen nicht genügend unterstützt. Woran liegt das? Daß die Einrichtung von Anfang an gut funktionieren würde, hat doch wohl die Zentralkommission selbst nicht geglaubt, es war eben auch eine Aufgabe der Kommission, die Sektionsleiter ist, daran zu gewöhnen, in ständiger Verkehr mit ihr zu stehen; das hat sie versäumt, wie ich aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Ich habe in der ersten Zeit verschieden Zusenden an die Kommission gemacht, habe aber entweder gar keine oder eine solche Antwort von ihr erhalten, daß ich nachher noch ebenso saßt war wie vorher. Daß man unter solchen Umständen darauf verzichtet, sich an die Zentralkommission zu wenden, ist es lächerlich. Die Zentralkommissionen der anderen Branchen haben ebenfalls unter der Interesselosigkeit ihrer Kollegen zu leiden, ohne aber deshalb gleich die Flinte ins Horn zu werfen. Ich bin der Ansicht, daß es vielmehr eine Pflicht der Kommission ist, dafür zu sorgen, daß auch die bisher sämigen Kollegen sich mit der Welt daran gewöhnen, ihr alles Wichtige mitzuteilen. Oftmals liegen nun aber die Dinge auch so, daß nichts von Bedeutung vorgefallen ist und der Sektionsleiter deshalb nichts zu berichten hat. Wenn von den Kollegen verlangt wird, daß sie die Zentralkommission besser unterstützen, so müssen wir aber auch verlangen, daß sie sich auch bemüht, ihre Aufgaben zu erfüllen, den Kollegen Anregungen zu geben und für eine intensive Agitation unter den Indifferanten zu sorgen. Damit kommt ich nun zu der Behauptung, daß der Wirkungskreis der Kommission zu sehr eingeengt sei. Unsere Zentralkommission hat nicht weniger Rechte als die anderer Branchen. Beobachten wir nun aber, was von denen geleistet wird, wie sie sich Mühe geben, etwas für ihre Kollegen zu tun, dann müssen wir zugeben, daß z. B. von den Zentralkommissionen der Stellmacher, der Stock- und Kammacher usw. bedeutend mehr geleistet wird. Daß die Zentralkommission in bezug auf Agitation größere Schwierigkeiten haben müsse, gebe ich zu; hat sie denn aber die Rechte, die sie jetzt schon zugeschen, auch vollständig ausgenutzt? Diese Frage muß ich nun leider verninen.

Wie die Kollegen wissen, halten wir im vorigen November die Gelegenheit, das 25jährige Bestehen einer Organisation unter den Bürstenmachern feiern zu können. Es wäre dies wohl eine Gelegenheit für die Kommission gewesen, den Hauptvorstand zu veranlassen, das zur Agitation auszunützen. Aber nichts ist geschehen. Was getan worden ist, ist auf Veranlassung eines Berliner Kollegen geschehen, sonst hätten wir kein Blugblatt bekommen, die Artikel in der Zeitung wären nicht erschienen usw. Hierzu möchte ich gleich bemerken, daß der Hauptvorstand ohne weiteres hierzu bereit gewesen ist, daß er gar keine Schwierigkeiten gemacht hat, trotzdem nur noch 8 Tage zur Verfügung standen. Die Zentralkommission kann sich also nicht darauf stützen, daß der Hauptvorstand den Wünschen unserer Kollegen nicht genügend entgegenkommt, ich möchte aber bezweifeln, daß die Kommission sich die Mühe um die Agitation unter unseren Kollegen gibt, die notwendig ist.

Zum Schluß wirft der Kollege Hubler dann die Frage auf, ob es nicht besser wäre, die Kommission ganz aufzuhören. Die Berliner Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß die Kommission nicht aufzuhören, sondern verlegt werden muß, denn eine Zentralkommission, die, ohne Lust und Liebe an der Sache zu haben, arbeitet, wird auch keine Erfolge erzielen können. Wir haben deshalb schon im vorigen Jahr beim Hauptvorstand einen dahingehenden Vorschlag gemacht, sind aber abgewiesen worden. Nach dem letzten Jahresbericht wird es aber wohl nicht mehr so weitergehen können, es muß von den Kollegen Stellung dazu genommen werden, wie sie darüber denken.

Eine Zentralkommission, die, anstatt die Kollegen anzufeuern und aufzumuntern, alles grau in grau malt, können wir nicht brauchen, denn wir wollen vorwärts und nicht rückwärts gehen.

Berlin. Richard Schmalbach.

Die hiesigen Kollegen sind enttäuscht vom Jahresbericht der Zentralkommission, die mit freudiger Hoffnung im Jahre 1905 auf der Konferenz zu Nürnberg unter Zustimmung des Hauptvorstandes eingesetzt wurde. Die Ausführungen der Zentralkommission sind mir etwas ungenau, besonders im Schlussteile, wo erwähnt wird, daß der Wirkungskreis zu eingeengt sei. Demgegenüber muß ich sagen, daß der Wirkungskreis denn doch ein ziemlich ausgedehnter ist. Die Kollegen in Quadenbrück erwarteten im Laufe der Jahre von der Zentralkommission einen Bericht, der ein möglichst klares Bild über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bürsten- und Pinselmacher, der Arbeiter in den Bürstereien für Vorstene und Faserstoffe, Reisstrohfabriken, Bürstenholzfabriken, Drahtbürstenfabriken und sonstige Spezialfabriken bringen würde. Auf Grund einer solchen Darstellung könnten die Kollegen in den einzelnen Betrieben Tarife ausarbeiten, deren allgemeine Einführung angestrebt werden kann, d. h. die Kollegen können eine einheitliche Bezahlung der Arbeitsergebnisse sich nach und nach erkämpfen. So wie es jetzt liegt, kann es nicht weitergehen. Von den Unternehmen ist ja nichts zu hören. Bei denselben herrscht eine Berfahrentheit, wie sie wohl wenige Berufe aufweisen. Hierzu kommt die Interesselosigkeit des größten Teiles unserer Berufskollegen. Dass unter solchen Verhältnissen schwer zu arbeiten ist, um die Organisation zu stärken, erkenne ich ohne weiteres an. Aber dies kann doch kein Grund sein, die Hände müßig in den Schoß zu legen. Die Anstrengung von Tarifen muß meines Erachtens im Einstieg mit unseren Organisationsinstanzen sobald wie möglich in Angriff genommen werden. Hier ist ein Feld, wo die Zentralkommission Arbeit in Hülle und Fülle

findet, und ich glaube auch, daß diese Arbeit das Interesse der Kollegen für die Organisation weden würde. Die Witzbrandfrage scheint die Zentralkommission recht eingehend zu verfolgen, was jeder dankbar anerkennen wird. Über ich kann mit das Gefühl nicht verwunden, als ob die Zentralkommission gerade dieses Thema etwas reichlich behandelt. Und doch haben wir noch so vieles, worüber wir uns gegenseitig verständigen könnten. Auf keinen Fall können wir zugeben, daß die Zentralkommission eingeht, da wir jederzeit bereit sind, mitzuarbeiten, den Kollegen die Wege zu ebnen, die zu einer besseren und menschenwürdigeren Lebensweise führen. Die Anregung zur Tariffrage dürfte auch Kollegen an anderen Orten Gelegenheit geben, sich einmal zu äußern, in welchem Sinne vielleicht die Tätigkeit der Zentralkommission aufzufassen.

Quadenbrück.

Heinrich Michatz.

An die Werkarbeiter im Blumenhafsbau.

In Verfolg eines Antrages der Pirnaer Werkarbeiter traten auf Veranlassung des Gauvorstandes Vertreter der Elbwerften in Sachsen zu einer Besprechung zusammen, deren Hauptzweck es war, zu beraten, wie die Agitation innerhalb unseres Berufs am vorstellhaftesten geführt werden muß, und wie die Arbeitsbedingungen verbessert sind. Erstdem die Organisationsverhältnisse im österreichischen Elbgelände ganz darniedrig liegen, hatten die dortigen Kollegen einen Delegierten geschickt. Gedauert wurde allgemein, daß aus unserem Nachbargau Magdeburg kein Vertreter erschienen ist und daß uns auch leider die Unterlagen über den Stand der Organisation in diesem Gau fehlen.

Im Gau Dresden sind fast sämtliche Schiffszimmerer, bis auf die Schiffszimmerer in Schandau in unserm Verband organisiert; der Bericht ergab folgendes Bild:

Betrieb	Seitige Holzarbeiter	Dienst	Organisierte Arbeiter	Organisations- stand
Dresden, Uebigau	111	102	59	41,2%
Gehége	20	12	59	44,0
Copitz, Hermsdorf	26	26	59	89,0
Böhlitzstein, Ritter	27	24	58½	86,8
Böhren, Böche	18	18	61½	82,1
Mitsa, Förster	87	87	59	87,2
Groba	4	8	59	89,0
Schandau, Schinke	40	—	64	85,0
Summa	290	220	—	—

* Bei vorherrschender Auflösarbeit bis 25 Proz. darüber.

Unbekannt muß werden, daß der Gauvorstand sein Mittel unversucht gelassen hat, die Kollegen dem Verband zuzuführen. Der unermüdlichen Agitation mit Hilfe von Berufskollegen sind diese teilweise erst in längster Zeit erzielten Erfolge zu danken. Es wird aber auch die höchste Zeit, daß die Werkarbeiter Anschluß an die Organisation finden. Wenn wir noch vor 10 Jahren an Löhnen den übrigen Arbeiterkategorien gleich waren, so hat sich das Bild heute wesentlich verschoben: 10-15 Pf. pro Stunde hinken wir jetzt nach, außerdem kommt noch in Frage, daß wir Salsonarbeiter sind und mit der Jahreszeit rechnen müssen. Schwere Krankheitsfälle, auf Erfüllung zurückzuführen, sind zu verzeichnen, Misstände und Untreiberzeite herrschen, die wohl einzige auf Werkstätten noch anzutreffen sind. Die Schwere ihres Berufs macht die Kollegen so resigniert, daß sie alles ruhig über sich ergehen lassen und für die Organisation kein Interesse haben. In den Orten, wo die Kollegen vertreten sind, sind auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessere.

In den Elbwerften Österreichs sind von circa 800 Werkarbeitern nur noch 12 organisiert. Nach einem erfolgreichen Streit wurde im Jahre 1907 mit den dortigen Werftbesitzern ein Vertrag abgeschlossen. Die Kollegen erhielten nun ihre Wünsche für erfüllt und traten aus dem Verband aus. Nachdem der Vertrag abgelaufen ist, haben sich die größten Werftbesitzer eingebürgert.edenfalls sehen die dortigen Kollegen das Verfehlte ihrer Handlungswise ein, es steht zu erwarten, daß sie bei einer planmäßigen Agitation wieder gewonnen werden.

Da mehrfach gefragt wird, daß wir so wenig Führung miteinander haben, wurde von der Konferenz beschlossen, in der „Holzarbeiterzeitung“ öfters über die Lage der Werkarbeiter zu berichten. Diese Aufgabe wurde dem Unterzeichneten übertragen, der als Obmann der sächsischen Werkarbeiter fungieren soll. Man glaubte, durch Schilderung einer Zentralen die Agitation einheitlicher zu gestalten. Sache der Kollegen muß es nun sein, mit dem Obmann über alle Vorkommen im Beruf recht lebhaft zu korrespondieren, damit er über das nötige Material verfügt. An alle Verwaltungsstellen der Werkstätte, auch außerhalb Sachsen, richten wir das Ersuchen, Berichte über den Stand der Organisation nach hier gelangen zu lassen.

Weiter wurde noch beschlossen, beim Gau- bzw. Verbandstag zu beantragen, daß bei allen Statistiken und Zählungen die Werkarbeiter als besonderer Beruf geführt werden und daß eine Konferenz der See- und Binnenschiffarbeiter einberufen und der Schiffszimmererverband dazu eingeladen wird, um zu einer Verschmelzung mit demselben die Wege zu ebnen. Der letztere Antrag, welcher schon einmal von der Sektion Copitz-Pirna gestellt war, vom Vorstand aber abgelehnt ist, wurde eingehend besprochen. Wir sind der Meinung, daß hierzu die dringende Notwendigkeit vorliegt. Die Kollegen der Werkstätte werden gebeten zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen.

H. Lindemann,
Copitz bei Pirna, Brückenstr. 3.

Briefkasten.

* Eine Korrespondenz aus Zeitschriften mußte für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Versammlungs-Anzeiger.

Olsberg. Sonnabend, den 12. März 1910, abends 10 Uhr, bei Moloff.

Göppingen. Die Mitglieder-Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat statt. Holzunterstützung zahlt Kollege Rehbach im Vorbergs, Isla und Herderge zum "Molen-Hüfaren", Vorbergschule 1.

Mühlenthal. Die Montagsversammlungen der Zahlstelle Mühlenthal u. Ullig. finden regelmäßig jeden zweiten Sonntag im Monat statt und zwar für die Holzleiter in Schwaderbach nachmittags 8 Uhr in "Wels-Gasthof" und in Mühlenthal abends 7 Uhr im Restaurant "Herderge".

Walheim. Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr, Hotel im "Schweizerthal" eine Versammlung statt.

Anzeigen.

Buchholz in Sachsen. Die Holzunterstützung wird jetzt ausbezahlt beim Kollegen Erhard Vogel in Göltzsch, Markt 17, Konzidermühle.

Ulbers. Der Arbeitsschutz der höchsten Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschineneinzelarbeiter, Elektromaschineneinzelarbeiter und Korbmaschener befindet sich Leiderstraße 8. Die Kollegen werden erlaucht, dieien Arbeitsschutz zu benutzen. Umfangen ist streng verboten. Die Holzunterstützung wird nur im Nachweisbereich ausbezahlt.

Auerbrücken, Wals. Holzunterstützung zahlte W. Wittenmeier, Restaurator, zu den vier Jahreszeiten. Schlesir. - Umfassen verboten. - Näherr. Auskunft erteilt soll Schüpke, Käffner, Dürsle, 4.

Hans Neundorff, Tischler, geb. 5. 12. 79 zu Hohenstein-Ernstthal, wird von seiner Mutter um seine Adresse gebeten. Auch Kollegen die etwas von ihm wissen, werden um Mitteilung gebeten. Frau Neundorff, Brts. d. Berlin, Werderstr. 80.

Heinrich Germroth aus Helmshausen bei Freiburg, Hessen, keine Adresse an Heinr. Bachaus, Elberfeld, Friedrichstr. 18.

O. Lüdecke, Tischler, geb. Alt-Wustrow, wird dringend erlaucht, einen möglicheren Verbreitung seiner Adresse zu lassen an Emil Hoffmann, Wriezen a. Ober, Wilhelmstr. 81.

Ferd. Schubel, Reinhold Specht, Franz Kettner, Willy Hein, ländliche Korbmaschener, kommt Euren Pflichten in der Zahlstelle Greifensehagen i. Pom. nach. Paul Fenzl, Fahrstraße 878.

6 tüchtige Tischler finden bei hohem Lohn dauernde Beschäftigung.

Uslarer Möbelfabrik G. m. b. H., Uslar.

Tischschriner

als Vorarbeiter, möglichst auf Silberlästen und Glasaufläufe eingerichtet; solider, fleißiger und sauberer Arbeiter, militärfrei, für kleinen, flotten Betrieb dauernd nach auswärts gesucht. Reise wird vergütet. Offerten unter Chiffre E. G. 197 an die Exped. d. Blattes.

Tüchtige Polierer und Raspler bei gutem Lohn für dauernd gesucht.

Bauer & Co., G. m. b. H., Stadtfabrik, Hattersheim bei Frankfurt a. M.

Mehrere tüchtige Clavaturarbeiter, (Fertigmacher, Polierer, Spitzer) werden zum sofortigen Amttritt gesucht. Nur solche wollen sich melden, denen an dauernder Beschäftigung gelegen ist. Verheiratete bevorzugt.

Erste Neukirchische Clavaturenfabrik. Oskar Ryffe & Co., Langenberg (Neuk.).

Tüchtiger Holzdreher auf Galanterieware für dauernde gute Stellung sofort gesucht.

Oskar Schent, Celluloidwarenfabrik, Pforzheim.

Tüchtige und selbständige

Kastenmacher

sowie Helfer stellen noch auf dauernde und lohnende Arbeit ein.

Ludwig Kathe & Sohn, Halle a. S.

Luxuswagen- und Karosseriewerke.

Mehrerer erfahrener Stuhlmacher, der sott nach Zeichnungen feinste Stühle und Garnituren sauber arbeiten kann, sowie 1 erfahrener, tüchtiger Beizer, auf beste Eisenmöbel eingearbeitet, finden dauernde Stellung bei hohem Lohn oder Allord. Verheirateten wird nach Vereinbarung Anzug vergütet. Offerten an Lüneburger Möbelfabrik Wilhelm Größner, Lüneburg.

Das bisher dem Zimmermeister Friedrich Hermann Spindler zu Krebschen gehörige, 4 km vor Betz, unmittelbar am Bahnhof Großschen, Station der Betz-Lüneburger Bahn, belegene Besitztum, bestehend aus

Wohnhaus mit Schneidemühle,

in einer Gesamtgröße von 14 000 qm, wobon ein Teil zu Baustellen abgetrennt werden kann, passend für Zimmermeister, Maurermeister oder Holzbearbeitungsfabriken, bin ich beauftragt zu verkaufen.

Die Grundstücke sind in gutem baulichen Zustande, im Jahre 1903 erbaut. Gerichtlicher Tagwert insbesondere der Maschinen usw. 81 785,50 M. Mitverkauf werden

1 zwei- und fünfgängige Wollische Polomobile, Wollgattersäge, Wendelsäge, Sägeschärfmaschine, Ant-, Spind- und Feigemaschine usw.

Der Verkauf findet weit unter der Tore bei 10 000 M. Anzahlung statt. Meßtanten wollen sich mit mir in Verbindung setzen.

R. Niederer, Rechtsgefecht und Hypothekenvermittlungs-Bureau.

Zwei tüchtige, selbständige Korbmaschener für weiss- und grüngeschlagenen Arbeit sucht

W. Wosche, Waltersdorf bei Lähn, Kreis Löwenberg, Schlesien.

Zwei Korbmaschener-Gesellen auf Grüngeschlagenes finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei

Emil Krause, Korbmaschenermeister, Angermünde, Moesenerstr. 16.

Suche einen tüchtigen Korbmaschener-Gesellen auf Großgeschlagenes bei dauernder Stellung.

Oskar Markt, Alsbach, Sachsen.

Bernburg.

10 Korbmaschener auf Rohrarbeit stellt noch ein

Calm & Ahlfeld, Rohrvarenfabrik.

Einen tüchtigen unternen Korbmaschener-Gesellen auf Mattarbeit und Geschlagen grüne Arbeit per sofort gesucht.

Paul Winkler, Hirschdorf i. Nbg.

Ein tüchtiger Korbmaschener auf Obstschwingen für sofort auf dauernd gesucht.

Emil Blümmermann.

Birkigt v. Bötzschappel, Bez. Dresden.

Korbmaschener auf Gestell und geschlagene

Arbeit und auf Mattarbeit stellt ein

Jakob Krämer, Wiv., Bad Ems, Braubacherstr. 40.

Suche auf sofort einen tüchtigen Mattarbeiter.

G. Wahneke & Berling, Vorstadt, Braunschweig.

Einen Korbmaschener auf grüne Mattarbeit für sofort gesucht.

St. Szileit, Bad Ems a. d. Lahn.

Zwei tüchtige Korbmaschener auf Rohrlörde, gut eingeschaffte Arbeiter, können einztreten.

C. Schloßstein, Heilbronn.

2 tüchtige Korbmaschener für Rohrmöbel sofort gesucht.

A. Helmert, Hagen i. Westf., Elberfelderstr. 49.

2 Korbmaschener auf grün, Matt und Geschlagen sucht

Germ. Kühn, Köthenenbrücke, Sachsen.

Einen Korbmaschener, tüchtigen Mattarbeiter sucht zu sofort bei gutem Lohn.

Fritz Kammerath, Korbmaschenermeister, Osterburg i. d. Altmark.

Ein ordentlicher Wurstmachergeselle findet dauernde Arbeit bei C. H. Beck, Kinsballig bei Steinfeld (Schleswig).

Solide, fleißige Hand-Rundschneider, Zürcher und Cortierer, welche längere Zeit in besseren Werkstätten gearbeitet, bei hohem Lohn für dauernd von größerer Korbfabrik gesucht.

Ersterische Korb-Industrie, Trier, Rhein.

Werkmeister für unsere Naturstofffabrik suchen Germ. Böhl & Co., Berlin.

Ein tüchtiger, energischer

Werkmeister

der mit allen vor kommenden Arbeiten vertraut und namentlich im Wischen und Zureichen gut bewandert, sowie kalkulatorisch befähigt ist, findet in unserer Produktions-Abteilung zur Herstellung von Bürstenwaren dauernde, angenehme Stellung.

Offerten mit Gehaltsanträgen nebst ausführlicher Darlegung der bisherigen Tätigkeit sind bis zum 10. März schriftlich einzureichen.

Konsumenten-Produktionsgenossenschaft für Schönheide u. Umg., E. G. m. b. H.

Eine gutgehende Schreinerei mit 5-8 Tagewerk, groß, Obst- u. Gemüseg., in groß. Pfarrdorf b. Straubing, Niederbayr., ist zu verkaufen. Preis 8000 M., Anzahl. 2-3000 M.

Mag. Obermeier, Schreinermeister, Reichenbach, Niederbayr.

Deutsches Reichs-Patent Nr. 168 433. Patent-Abziehsteine, unerreicht i. Härte, werden stumpf. Für Del. u. Wasser. Bis z. letzten Broden zu verbrauchen. Größe der Steine: 50×220 mm. Preis 4 M. u. 45×155 mm. Preis 2,50 M. Patentierte Schleifräder in jeder Größe i. Härte vorrätig. Verf. geg. Nachn. Wiederbeschaffung geführt.

H. Otto, Schwarzenbeck, Bez. Hamburg.

1 Band- und 1 Kreissäge,

1 Fräz- und 1 Bohrmaschine,

1 Abriß- und 1 Dickenhobelmaschine

gebraucht aber gut erhalten billig zu verkaufen.

Martin Moldenhauer & Sohn, Dresden 19.

Tischlerei gutgeh., in Grundst., i. gro.

Dörf., (Ostbahnhof), sofort

zu verkaufen, für den billigen Preis von

8200,- M. Passend für junge Ausländer.

Off. unter E. H. 194 bef. d. Exped. d. Bf.

Einleitung

Die Bauvorleser über die Klassenbeiträge

Klassenbeiträge in anderen Verbänden

Qualitative Klassenbeiträge

Obligatorische Klassenbeiträge

Das Ergebnis für die Finanzen

Die bestehenden Beitragsschiede

Schlußberichtigungen.

Der Ladenpreis der Broschüre beträgt 50 Pf. den Verbandsmitgliedern liefern wir jedoch zu folgenden Vorschriften:

1-9 Exemplare à 25 Pf., 10 bis 19 Exemplare à 20 Pf., 20 und mehr Exemplare à 15 Pf.

Bei dem großen Interesse, das der hier handelnde Frage in den Mitgliedsvereinen des Verbands entgegengebracht wird, schon wir zahlreichen Bestellungen umgehend entgegen.

Verlagsanstalt des deutschen Holzarbeiter-

Verbandes (G. m. b. H.)

Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Tausende verdanken ihr gediegenes Fach

wissen u. können

den Selbstunterrichtswerken Syst.

Katzenbach-Hachfeld: Fachschulen für

Zimmermstr., Holzbild-

bauer, Kunst- u. Möbel-

tischler, Raumtischl. Aner-

kennungen u. Abschlußsendungen

bereitwilligst ohne Kaufzwang.

Bonness & Hachfeld, Potsdam W. 10

Tischler-Fachschule Detmold

gegründet 1893. Stadt. Schul-

gebäude, Meister, Werkmeister,

Zeichner, Große Hörs- und

Zeichen-Säle, :: Werkstätten.

Programme frei. ::

DIREKTOR BRECHT.

B. Kolscher's

Fachschule für Tischler

und für gewerbliches Zeichnen

Exter-Straße zu Detmold eine Grabenstr.

8- und 12-monatlicher Kursus mit Tagess- und Abendunterricht. In 8 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Förderung für die Meisterprüfung.

In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeb. 25 M. pro Monat. Kostenfreie Abschlußprüfungen. Eintritt kann jederzeit erfolgen. Auskunft durch die Direktion. B. Kolscher.

Tischler-Fachschule Blankenburg :: am Herz. ::

... bis 12 monatliche Kurse zur Erreichung als Werkführer, Techniker und Zeichner, anschließende Meisterprüfung. Kostenfreie Stellenvermittlung. Programm frei.

Direktor Weinert.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.

Staatlich subv. Progr. kostenlose

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Märkisch. Kreuzweg 14. • Erstklassige Lehranstalt.

• Dir. Carl Moshann. •</p